



Stadt Bern
Gemeinderat

**Bildungsstrategie der Stadt Bern
2009**

09



Vorwort

Kinder und Jugendliche stärken und fördern

Ich freue mich, Ihnen die Bildungsstrategie 2009 übergeben zu dürfen. Sie zeigt auf, welche bildungspolitischen Ziele die Stadt Bern in den kommenden Jahren verfolgt, in welchen Handlungsfeldern und mit welchen Massnahmen sie diese Ziele erreichen will.

Im Mittelpunkt aller Handlungen für eine optimale Bildung stehen für mich die uns anvertrauten Kinder. Eine nachhaltig tätige Schule vermittelt jedem Schüler und jeder Schülerin das Wissen und die Fähigkeiten, die er oder sie nötig hat, um ein gleichwertiges und menschenwürdiges Leben zu führen, um in unserer Demokratie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Mir geht es nicht darum, allen dasselbe zu bieten, sondern darum, dass jedes Kind in die Lage versetzt wird, sein individuelles Potential optimal entfalten und ausschöpfen zu können. Ich erachte es als meine, als unsere Verpflichtung und Verantwortung, jedem Kind das bestmögliche Rüstzeug fürs Leben mitzugeben.

Die Bildungsstrategie 2009 orientiert sich am Recht der Kinder und Jugendlichen auf Bildung, am Ziel, dass jeder Mensch Anspruch hat auf eine umfassende Entfaltung seiner Persönlichkeit und damit seiner individuellen Fähigkeiten, seiner Stärken und seines Wissens. Sie setzt im Vorschulalter an und verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz.

Bildungspolitik bewegt sich zwischen Wandel und Beständigkeit. In der Wertevielfalt und in einer Zeit, in der viele Menschen verunsichert sind, heisst dies:

- Position beziehen,
- Prioritäten setzen,
- nachhaltige Wirkung anstreben und erzielen.

Das ist die Absicht der Bildungsstrategie 2009. An uns allen, den Schulbehörden, Schulleitungen, Lehrpersonen und Eltern, gemeinsam die Ziele der Bildungsstrategie 2009 zu verfolgen respektive die Massnahmen, die darin enthalten sind, umzusetzen. Gemeinsam den Bildungserfolg aller Kinder und Jugendlichen sicherzustellen, die Ausgrenzungsmechanismen zu durchbrechen und die Hürden an den zahlreichen schulischen Übergängen aus dem Wege zu räumen und so unsere bildungspolitische Verantwortung gegenüber der jungen Generation wahrzunehmen.

Die Bildungsstrategie 2009 weist die Richtung, wohin sich unsere Volksschulen bewegen soll. Ich bin überzeugt, dass wir, wenn wir die nötigen Massnahmen umsetzen und die erforderlichen Ressourcen zur Verfügung stellen, eine Volksschule haben, in der alle Schülerinnen und Schüler gefordert und gefördert werden, in der sich alle Kinder und Jugendlichen wohl fühlen, gut und mit Freude lernen.

Ich danke allen, die mit ihrem Einsatz für eine leistungsfähige, wirkungsvolle und gesunde Volksschule dazu beitragen, dass alle Kinder und Jugendliche ihr Potential bestmöglich entfalten und nutzen.

Edith Olibet
Direktorin für Bildung, Soziales und Sport
der Stadt Bern



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	3
Management Summary	6
1 Ausgangslage	7
2 Umsetzung der Bildungsstrategie 2004-2008	7
3 Umfeldanalyse, relevante Trends 2009 und folgende Jahre	8
4 Vision	9
5 Mission	9
6 Leitsätze	9
6.1 Bildungs- und Erziehungsauftrag	9
6.2 Individuelle Förderung	9
6.3 Mitarbeitende der Schule	9
6.4 Zusammenarbeit	9
6.5 Ressourcenorientierung	9
6.6 <i>Eine Volksschule</i>	9
7 Ziel und Wirkung der Bildungsstrategie	10
8 Kernaufgabe der Volksschule: Bilden und Erziehen	10
9 Hauptstossrichtungen, Handlungsfelder und Massnahmen	11
9.1 Handlungsfeld 1: Frühförderung im Vorschulbereich	12
9.2 Handlungsfeld 2: Individuelle Förderung	14
9.3 Handlungsfeld 3: Soziale Angebote	17
9.4 Handlungsfeld 4: Information und Öffentlichkeitsarbeit	19
9.5 Handlungsfeld 5: Qualitätssicherung und -entwicklung	21
9.6 Handlungsfeld 6: Führung der Volksschule	22
9.7 Handlungsfeld 7: Bauten und Anlagen	23
9.8 Handlungsfeld 8: Genderaspekt und gleichstellungsfördernde Schule	24
9.9 Handlungsfeld 9: Gesundheitsförderung	25
9.10 Handlungsfeld 10: «Bewegte Schule»	27
Anhang	28
Anhang I Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Stadt Bern	28
Anhang II: Schulaustretende	30
Anhang III: Umfeldanalyse und Trends	32

Management Summary

Die Bildungsstrategie 2009 löst die Bildungsstrategie 2004 bis 2008 ab. Sie berücksichtigt die bildungs- und gesellschaftspolitischen Veränderungen, führt Bewährtes weiter und zeigt auf, wo und mit welchen Massnahmen dem Handlungsbedarf begegnet werden soll.

In der Bildungsstrategie 2009 wird als Vision das Idealbild der Volksschule der Stadt Bern gezeichnet. Die Volksschule der Stadt Bern ist eine Schule für alle, die von den Schülerinnen und Schülern gerne besucht wird. Sie verlangt Leistung und fördert und fordert die Beteiligten. Sie baut auf den individuellen Potenzialen der Beteiligten auf und stellt ein lern- und gesundheitsförderndes Schulklima sicher. Die Schülerinnen und Schüler werden unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung und sozialem Umfeld auf ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Erwachsenenleben vorbereitet.

Die Mission gibt Antwort auf die Frage, wie die Volksschule der Stadt Bern wahr genommen werden soll, nämlich als qualitativ hochstehende Bildungseinrichtung, in der sich die Potenziale aller Beteiligten zum Wohle des Individuums, der Institution und der Stadt Bern entfalten können.

Sechs Leitsätze zu den Stichworten Bildungsauftrag, individuelle Förderung, Mitarbeitende, Zusammenarbeit, Ressourcenorientierung und eine Volksschule konkretisieren die Vision und die Mission.

Während der Bildungsauftrag abschliessend kantonal geregelt ist, geht es darum, in der städtischen Bildungsstrategie den Gestaltungsspielraum der Stadt Bern optimal zu nutzen und eigene Schwerpunkte zu setzen. Dies geschieht mit der Festlegung von fünf strategischen Schwerpunkten, in der Bildungsstrategie als Hauptstossrichtungen bezeichnet.

Es sind dies die Hauptstossrichtungen Verbesserung der Chancengleichheit, Organisation der Volksschule Stadt Bern, Profil Volksschule Stadt Bern, Infrastrukturen und Querschnittaufgaben wie Gender, Gesundheitsförderung und bewegte Schule.

In acht Handlungsfeldern werden insgesamt 17 Massnahmen formuliert, mit denen die übergeordneten Ziele erreicht werden sollen. Für diese Massnahmen werden Ziele definiert. An den dazu gehörenden Indikatoren wird die Zielerreichung gemessen. Die Bildungsstrategie 2009 beinhaltet Massnahmen für Kinder und Jugendliche in der Stadt Bern von 0 bis 16 Jahren. Es ist also auch der vorschulische Bereich inbegriffen.

Die 17 Massnahmen

- M1** Stärkung der Elternkompetenzen und Förderung der Kinder zwischen 0 und 4 Jahren
- M2** Vermittlung von Deutschkenntnissen für Mutter und Kind (Muki-Kurse)
- M3** Einführung der Basisstufe
- M4** Umsetzung einer integrative(n) Schule
- M5** Ausbau des Mehrjahrgangsunterrichts
- M6** Nahtstelle Sekundarstufe I – Sekundarstufe II
- M7** bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit
- M8** Einführung von Ganztagesstrukturen
- M9** Elternarbeit und Elternbildung
- M10** Sensibilisierung für Spannungsfeld von Selektion und Integration
- M11** Festlegen von gesamtstädtischen Qualitätsstandards
- M12** Ausrichtung der Führungsstrukturen auf Bildungsstrategie (*structure follows strategy*)
- M13** Rhythmusprogramm für zeitgemässe Räumlichkeiten für Unterricht, Sport und Bewegung sowie Tagesschulen
- M14** Verankerung des Genderaspekts in der Qualitätsentwicklung
- M15** Pflege und Vervollständigung des Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen
- M16** Prävention von (sexueller) Gewalt und Gewährleistung einer diskriminierungsfreien Volksschule
- M17** Präventionsmassnahmen gegen Gewalt in der Schule ■

1 Ausgangslage

Übergeordnetes Ziel der geltenden Bildungsstrategie 2004-2008 ist die Gewährleistung gleicher schulischer Chancen für Kinder und Jugendliche, unabhängig von Geschlecht, Alter, sozialer Herkunft, Sprache, Behinderung, Religion, Nationalität und Quartier. Ein Paket von 21 Massnahmen diente der Erreichung dieses Ziels (vgl. Anhang I).

Seit 2004 haben sich auf eidgenössischer, kantonaler und wirtschaftlicher Ebene die Rahmenbedingungen im Bildungsbereich zum Teil grundlegend verändert: 2005 verabschiedete der Kanton ebenfalls eine Bildungsstrategie. Das kantonale Volksschulgesetz (VSG) wurde teilrevidiert; Eltern haben einen Rechtsanspruch auf Tagesschulstrukturen, welche neu als schulergänzende Massnahme zum Volksschulbereich gehören und vom Kanton und den Gemeinden gemeinsam finanziert werden. In der gleichen VSG-Revision wurde den Gemeinden mehr Autonomie in der Ausgestaltung ihrer Schulaufsicht eingeräumt. Die Umsetzung des Integrationsartikels (VSG,

Art. 17) wurde 2008 in einer Verordnung konkretisiert. Die Gemeinden haben die Aufgabe, eigene Integrationskonzepte zu erarbeiten. Der Kanton seinerseits stellt den Gemeinden die Ressourcen für deren Umsetzung in Form eines globalen Lektionenpools zur Verfügung.

Die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit erfordert gemeinsame Strategien von Bund, Kantonen und Gemeinden. Inzwischen werden mit Erfolg auf allen Ebenen Anstrengungen unternommen, die Jugendarbeitslosigkeit zu senken. Besonders erwähnenswert ist der Aufbau eines Case Managements für Schülerinnen und Schüler und junge Erwachsene an der Schnittstelle zwischen Sekundarstufe I und Sekundarstufe II sowie an der Schnittstelle zwischen Berufsausbildung und Arbeitswelt. Das Case Management Berufsbildung «Take off... erfolgreich ins Berufsleben» wurde im Kanton Bern am 1. Januar 2009 gestartet. ■

2 Umsetzung der Bildungsstrategie 2004–2008

Die Bildungsstrategie 2004–2008 beinhaltetete 21 Massnahmen in 8 Handlungsfeldern.

Handlungsfeld Vorkindergarten

Dieses Handlungsfeld hat in den vergangenen Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Neben dem schrittweisen Ausbau der Deutschkurse für Mutter und Kind wurde im Frühförderungsbereich das Pilotprojekt *primo* gestartet.

Handlungsfeld Volksschule

Massnahmen wie die Sprachförderung im Kindergarten oder die Basisstufe dienten dem Ziel, Schülerinnen und Schüler, unabhängig ihrer sozialen, sprachlichen und kulturellen Herkunft besser zu integrieren. Auch die individuelle Förderung und Begleitung an der Schnittstelle von der Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II leisteten einen Beitrag zu einer integrativeren Schule. Die beiden Mentoringangebote *incluso* und *Kamäleon* konnten im Rahmen einer Leistungsvereinbarung mit dem Kanton in das bereits bestehende Junior-Coaching des Berufsinformationszentrums Bern-Mittelland integriert werden.

Die Einführung und der Ausbau der Schulsozialarbeit wurden vorangetrieben. Im Rahmen des Controlling-Systems des Schulinspektorats wurden städtische Schwerpunktthemen zur Qualitätsentwicklung definiert.

Handlungsfeld Kommunikation und Integration

Neue Wege beschritt die Stadt Bern bei der Information von Eltern. Mit dem Ziel, Eltern aller sozialer Schichten und kulturellem Hintergrund gleichermaßen gut über das bernische Bildungssystem zu informieren, liess die Direktion für Bildung, Soziales und Sport Filme herstel-

len, welche Elemente des Bildungssystems in 10 verschiedenen Sprachen erklären. DVD-Informationen sind nicht an die Schrift gebunden und werden deshalb von den meisten Eltern verstanden. Themen sind der Kindertageeintritt, der Schuleintritt, der Übertritt von der Primar- in die Sekundarstufe I und der Übertritt in die Sekundarstufe II.

Handlungsfeld Partizipation

Seit 2007 ist die Direktionsverordnung zur Schülerinnen- und Schülermitwirkung in Kraft mit Vorgaben, wann und wie sie in den Schulen umzusetzen ist. Die wichtigsten Formen der Partizipation ist die Einrichtung von Klassenräten und Schülerinnen- und Schülerräten für einen ganzen Schulstandort.

Handlungsfeld Infrastruktur

Die Stimmbewölkerung der Stadt Bern nahm 2006 einen 8,5-Mio-Kredit für die Ausrüstung der Schulen mit einer einheitlichen und zeitgemässen IC-Technologie an. Das Projekt *base4kids* konnte realisiert werden. Die Erstausrüstung wurde im Herbst 2009 abgeschlossen. (www.base-4kids.ch) Die betriebliche Infrastruktur und die Sanierung der Schulanlagen wurden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel und der mittelfristigen Investitionsplanung schrittweise verbessert.

Handlungsfeld Schulorganisation

Nach Verabschiedung des neuen Schulreglements 2006 wurden die neuen Schulstrukturen eingeführt. Das Prinzip der Geleiteten Schule gilt in der Stadt Bern in allen Schulkreisen und Schulstandorten. Die Schulkommissionen haben ihre Rolle als strategische Behörden gefunden und sind daran, eine schulkreisinterne Kultur zu entwickeln.

Handlungsfeld familienergänzende Betreuung und Unterstützung

Die Stadt Bern verfügt inzwischen über ein flächendeckendes Tagesschulangebot. Nach wie vor ist die Nachfrage steigend. Die Ferieninseln ergänzen das Betreuungsangebot in den Schulferien. Die Aufgabenhilfe ist ein individuelles Förder- und Stützangebot und für viele Schülerinnen und Schüler eine notwendige und hilfreiche Unterstützung.

Handlungsfeld Weiterbildung für Schulkommis-sionsmitglieder und Elternräte

Das Institut für Weiterbildung der Pädagogischen Hochschule hat diese Aufgabe übernommen. Aus diesem Grund hat die Stadt keine eigenen Kurse mehr durchgeführt. ■

3 Umfeldanalyse, relevante Trends 2009 und folgende Jahre

Die tabellarische Übersicht in Anhang III zeigt die äusseren Einflüsse, welche in den kommenden Jahren auf die Volksschule einwirken sowie deren Chancen und Gefahren. Auf dieser Analyse baut die neue Bildungsstrategie auf. Relevant sind dabei folgende Entwicklungen:



Die Gesellschaft verändert sich laufend. Die Volksschule hat diesen Veränderungen Rechnung zu tragen. Sie hat die Aufgabe, einerseits in der Bildung und Erziehung die Grundwerte unserer Gesellschaft zu wahren. Andererseits hat sie auf die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen einzugehen und die Schülerinnen und Schüler auf ihr Erwachsenenleben vorzubereiten. Die Volksschule ist der Ort, an dem Kinder und Jugendliche aus verschiedenen sozialen Schichten und Zusammen lernen. Ihr Merkmal ist eine grosse kulturelle Vielfalt. Sie hat die zentrale Aufgabe, gekonnt mit dieser Heterogenität umzugehen und ihren Beitrag zum sozialen Ausgleich zu leisten. Sie hat massgeblich Einfluss auf den Prozess der tatsächlichen Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die Schule befindet sich in einem Spannungsfeld von Tradition und Innovation, Konstanz und Veränderung, Ruhe und Bewegung. Die Qualität der Schule hängt im Wesentlichen von den Schulleitungen und den Lehrpersonen ab. Ihnen kommt eine Schlüsselrolle zu. Sie haben die Aufgabe, mit den unterschiedlichen Anforderungen und der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler professionell umzugehen, den Bildungsauftrag zu erfüllen und ihren Beitrag zum Abbau von Chancenungleichheiten zu leisten.

In den nächsten fünf Jahren sind einschneidende bildungspolitische Veränderungen zu erwarten. Das kantonale Volksschulgesetz wird per 2012 totalrevidiert, die Umsetzung von Artikel 17 VSG ist voranzutreiben, der Fremdsprachenunterricht wird ab 2011 ins dritte Schuljahr vorverlegt, die interkantonale Harmonisierung der Volksschule mit einem neuen Lehrplan voran getrieben und die Finanzierung der Volksschule verändert. Die Gemeinden als Trägerinnen der Volksschule erhalten mehr Spielraum und mehr Verantwortung in der Ausgestaltung ihrer Schulen. ■

4 Vision

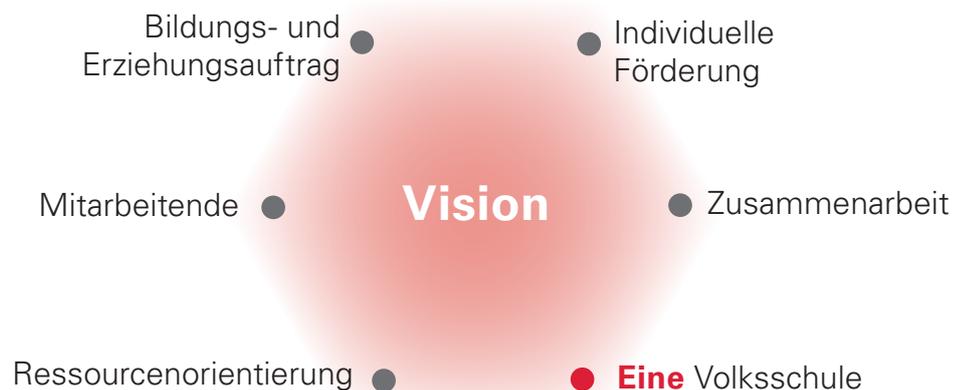
Die Bildungsstrategie 2009 baut auf einer Umfeldanalyse auf. Sie orientiert sich an einer langfristigen Vision. Diese zeichnet das Idealbild der Volksschule in der Stadt Bern. Anschliessend wird in der Mission beschrieben, wie die Volksschule in der Stadt Bern von den verschiedenen Anspruchsgruppen wahr genommen werden soll.

Die Volksschule der Stadt Bern ist eine Schule für alle, die von Schülerinnen und Schülern gerne besucht wird. Sie verlangt Leistung und fördert und fordert die Beteiligten. Sie baut auf den Potenzialen der Beteiligten auf und stellt ein lern- und gesundheitsförderndes Schulklima sicher. Die Schülerinnen und Schüler werden unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung und sozialem Umfeld auf ein selbstbestimmtes und verantwortungsbewusstes Erwachsenenleben vorbereitet.

Akteurinnen und Akteure der Schule arbeiten zusammen und verfolgen gemeinsam vereinbarte Zielsetzungen. ■

5 Mission

Die Volksschule der Stadt wird als qualitativ hochstehende Bildungseinrichtung wahr genommen, in der sich die Potenziale aller Beteiligten zum Wohle des Individuums, der Institution und der Stadt Bern entfalten können. ■



6 Leitsätze

Mit sechs Leitsätzen wird konkretisiert, wie die übergeordneten Ziele der Vision und der Mission angestrebt werden sollen.

6.1 Bildungs- und Erziehungsauftrag

Die Volksschule der Stadt Bern bereitet die Schülerinnen und Schüler mit einer umfassenden Bildung und Erziehung auf das Erwachsenen- und Berufsleben vor. Sie begleitet sie ihren Bedürfnissen entsprechend in die weiterführenden Bildungsgänge.

6.2 Individuelle Förderung

Die Volksschule der Stadt Bern fördert die Schülerinnen und Schüler individuell und akzeptiert Verschiedenheit und Vielfalt, erkennt Benachteiligungen und fördert die Gleichstellung der Geschlechter.

6.3 Mitarbeitende der Schule

Die Volksschule der Stadt Bern schafft Rahmenbedingungen, in denen kommunikative Schulleitungen mit hoher Sozialkompetenz die betriebliche und pädagogi-

sche Führung innehaben und Lehrpersonen und Mitarbeitende kompetent und motiviert arbeiten.

6.4 Zusammenarbeit

In der Volksschule der Stadt Bern arbeiten Lehrpersonen und weitere Mitarbeitende, Eltern und Schülerinnen und Schüler konstruktiv zusammen und verfolgen gemeinsam vereinbarte Ziele. Interdisziplinäres Arbeiten wird gefördert.

6.5 Ressourcenorientierung

Die Volksschule der Stadt Bern sorgt für die Entfaltung der vorhandenen Potenziale. Sie setzt die vorhandenen Ressourcen optimal ein.

6.6 Eine Volksschule

Die Volksschule der Stadt Bern versteht sich als Teil der Stadt Bern und als eine Volksschule. Schulleitungen und Mitarbeitende der Volksschule arbeiten an der Weiterentwicklung mit. Schulen und Verwaltung arbeiten konstruktiv zusammen. ■

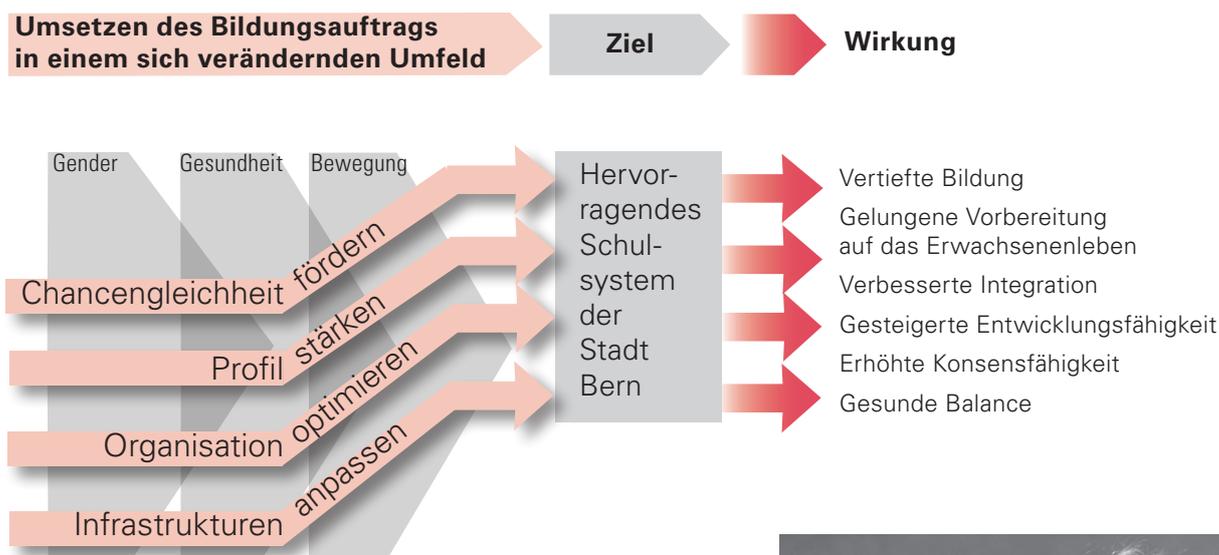
7 Ziel und Wirkung der Bildungsstrategie

Ziel der Bildungsstrategie ist ein hervorragendes Schulsystem in der Stadt Bern, welches eine nachhaltige Wirkung erzielen soll.

Währenddem der Bildungsauftrag kantonal in der Volksschulgesetzgebung und im Lehrplan abschliessend geregelt wird, hat die Stadt Bern einen Gestaltungsspiel-

raum, im Rahmen einer eigenen Bildungsstrategie Schwerpunkte festzulegen, wie nachfolgend in den Hauptstossrichtungen und den daraus abgeleiteten Handlungsfeldern und Massnahmen dargelegt.

In der Grafik wird der Aufbau der Bildungsstrategie bildlich dargestellt:



8 Kernaufgabe der Volksschule: Bilden und Erziehen

Der Bildungsauftrag der Volksschule ist im Volksschulgesetz geregelt¹ und wird im kantonalen Lehrplan konkretisiert.

Die Volksschule vermittelt Kenntnisse und Fertigkeiten, welche die Grundlage für die berufliche Ausbildung, für den Besuch weiterführender Schule und für das lebenslange Lernen darstellen.

Sie weckt in den Schülerinnen und Schülern den Willen zur Toleranz und zu verantwortungsbewusstem Handeln gegenüber Mitmenschen und Umwelt sowie das Verständnis für andere Sprachen und Kulturen.

Sie trägt zur harmonischen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler bei.

Sie unterstützt die Familien bei der Erziehung der Kinder und Jugendlichen. ■



¹ Siehe Volksschulgesetz VSG, Artikel 2, BSG 432.210.

9 Hauptstossrichtungen, Handlungsfelder und Massnahmen

Fünf Hauptstossrichtungen, die in Handlungsfelder unterteilt und mit konkreten Massnahmen konkretisiert werden bilden die strategischen Schwerpunkte der

Volksschule in der Stadt Bern. Sie zeigen auf, wie die Vision angestrebt, die Mission verwirklicht und die Leitsätze in den kommenden Jahren umgesetzt werden sollen.

Hauptstossrichtungen	Handlungsfelder	Massnahmen	
Verbesserung der Chancengleichheit	1. Frühförderung im Vorschulbereich	M1	Stärkung der Elternkompetenzen und Förderung der Kinder von 0 bis 4 Jahren
		M2	Vermitteln von Deutschkenntnissen für Mutter und Kind (Muki-Kurse)
	2. Individuelle Förderung und individualisierender Unterricht	M3	Einführung der Basisstufe
		M4	Umsetzung einer integrative(n) Schule
		M5	Ausbau des Mehrjahrgangsunterrichts
		M6	Projekte und Angebote zum Abbau geschlechterstereotyper Berufswahl
	3. Soziale Angebote	M7	Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit
		M8	Einführung von Ganztagesstrukturen
	4. Information und Öffentlichkeitsarbeit	M9	Elternarbeit und Elternbildung
		M10	Sensibilisierung für Spannungsfeld von Selektion und Integration
Profil Volksschule Stadt Bern	5. Qualitätssicherung und -entwicklung	M11	Einführung von gesamtstädtischen Qualitätsstandards
Organisation der Volksschule Stadt Bern	6. Führung der Volksschule	M12	Ausrichtung der Führungsstrukturen auf Bildungsstrategie (<i>structure follows strategy</i>)
Infrastrukturen	7. Bauten und Anlagen	M13	Richtprogramm für zeitgemässe Räumlichkeiten für Unterricht, Sport und Bewegung sowie Tagesschulen
Querschnittsaufgaben	8. Genderaspekt und gleichstellungsfördernde Schule	M14	Verankerung des Genderaspekts in der Qualitätsentwicklung
	9. Gesundheitsförderung	M15	Pflege und Vervollständigung des Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen
		M16	Prävention von (sexueller) Gewalt und Gewährleistung einer diskriminierungsfreien Volksschule
	10. Bewegte Schule	M17	Umsetzung der «bewegten Schule»

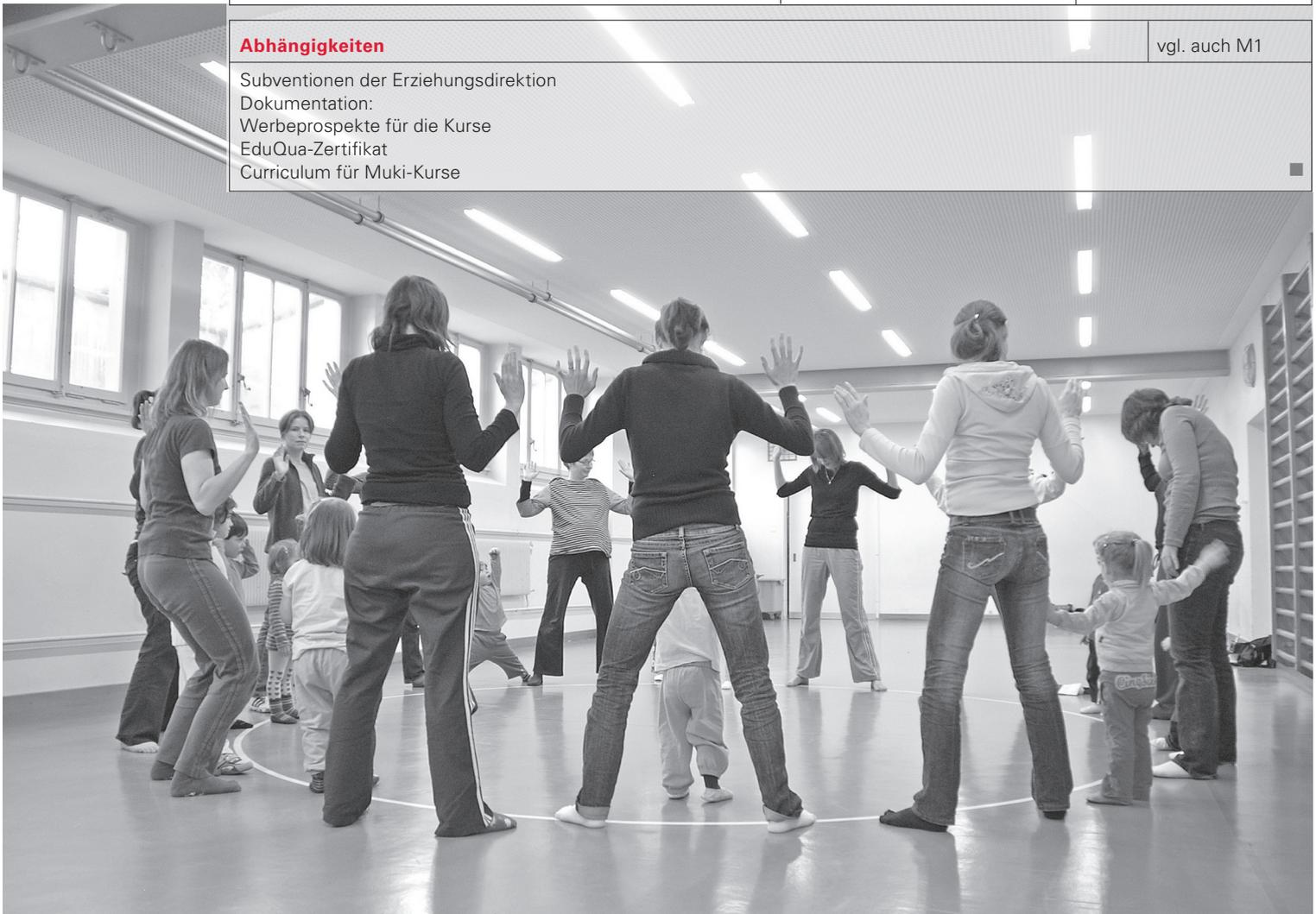
9.1 Handlungsfeld 1: Frühförderung im Vorschulbereich

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Volksschule unterschiedliche Startbedingungen von Kindern und Jugendlichen aufgrund ihres sozialen und kulturellen Hintergrunds nicht vollständig auszugleichen vermag. Deshalb muss die Förderung von Kindern bereits im Vorschulalter mit einer doppelten Zielsetzung beginnen:

Einerseits sollen die Eltern in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt, andererseits die Kinder im Vorschulalter in verschiedenen Entwicklungsbereichen gefördert und unterstützt werden. Die Förderung in Sprache, Bewegung und Sozialkompetenz steht im Vordergrund.

M1 Stärkung der Elternkompetenzen und Förderung der Kinder zwischen 0 und 4 Jahren		
Zielsetzung	<p>Eltern sind in ihrer erzieherischen Kompetenz gestärkt und vermitteln ihren Kindern Selbstvertrauen, Sicherheit und Halt. Sie wissen, wie die Entwicklung ihrer Kinder spielerisch gefördert werden kann. Die Kinder verfügen bei Schuleintritt (bzw. schon im Kindergartenalter) über altersadäquate und ihrem Potential entsprechende sprachliche, motorische, kognitive und soziale Fähigkeiten. Benachteiligte Kinder haben bessere Chancen für eine ungebrochene Schullaufbahn und eine ihrem Potential und den Anforderungen der Berufswelt entsprechende Ausbildung</p>	
Indikatoren	<p>Das Hausbesuchsprogramm wird gemäss Frühförderungskonzept umgesetzt. Es finden regelmässige Austausch- und Weiterbildungstreffen für Eltern und Erziehungsberechtigte und Fachpersonen aus dem Vorschulbereich in ausgewählten Quartieren statt. Fördermodule in Motorik, Ernährung, Sprache und Sozialkompetenz sind entwickelt und werden in Kitas und Spielgruppen umgesetzt. Der Evaluationsbericht des Pilotprojektes <i>primano</i> liegt vor, das weitere Vorgehen ist bestimmt.</p>	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Jugendamt <input type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Universität (wissenschaftliche Begleitung)	Gesundheitsdienst	
Realisierung	Kostendach 2009–2012	noch zu berechnen
<input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung <input checked="" type="checkbox"/> Städtische Fonds Weitere beteiligte Stellen: <input checked="" type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheits- und Fürsorgedirektion <input checked="" type="checkbox"/> weitere Finanzgeber (Jacobs Foundation usw.)	noch zu berechnen
Abhängigkeiten		vgl. auch M2
Fremdfinanzierung Politische Entscheide (städtisch und kantonal) Übernahme/Beibehalten des Themas 0–4-jährige auf nationaler Ebene (Bund, EDK, SODK, Städteverband usw.) Ergebnisse der Evaluation Dokumentation: Konzept Monitoring- und Evaluationsbericht(e)		

M2 Ausbau der Deutschkurse für Mutter und Kind (Muki-Kurse)		
Zielsetzung	Mütter mit ungenügenden Deutschkenntnissen und ihre Kinder lernen die deutsche Sprache für die Bewältigung des Alltags in der Schweiz.	
Indikatoren	Jährlicher Ausbau um 2 neue Standorte bis max. 11 Standorte, resp. doppelte Führung von bestehenden Standorten Das Angebot ist EduQua-zertifiziert (Qualitätssicherung) Kursleiterinnen gestalten ihre Kurse gemäss dem vom Schulamt erarbeiteten Lehrgang	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Erziehungsdirektion	Schulamt	
Realisierung	Kostendach	Fr. 15'000.– pro Kurs
<input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen: <input checked="" type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	+ Fr.30'000.– (2 neue Standorte) + Fr. 50'000.– (5 doppelte Kinderkurse)
Abhängigkeiten	vgl. auch M1	
Subventionen der Erziehungsdirektion Dokumentation: Werbeprospekte für die Kurse EduQua-Zertifikat Curriculum für Muki-Kurse		



9.2 Handlungsfeld 2: Individuelle Förderung

Das heutige Bildungssystem mit den Jahrgangsklassen geht von der Annahme aus, dass alle Schülerinnen und Schüler in ihrem Jahrgang den gleichen Entwicklungsstand haben. Dies entspricht aber nicht der Realität. Mit altersgemischtem Lernen und individueller Förderung kann in der Schule stärker auf das Individuum eingegangen werden. In der Basisstufe können die Schülerinnen und Schüler flexibler und ihrem Entwicklungsstand entsprechend die Eingangsstufe mehr oder weniger schnell durchlaufen, das heisst auch früher oder später vom spielerischen zum systematischen Lernen übergehen. Es drängt sich auf, dass die nachfolgenden Schuljahre nach dem gleichen Prinzip organisiert werden. Jahrgangsgemischtes Lernen wird dann als pädagogische Methode und nicht nur als schulorganisatorische Massnahme eingeführt. Sowohl Basis-

stufe wie auch jahrgangsgemischte Klassen sind wichtige Elemente der integrativen Schule. Das Integrationskonzept der Stadt Bern geht ebenfalls vom Ansatz aus, die Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern.

Zur individuellen Förderung gehören zudem Massnahmen zu einer geschlechtergerechten schulischen Förderung von Mädchen und Jungen, z. B. bei ihrer Berufs- und Laufbahnorientierung. Geschlechterstereotypen – verstärkt durch den Faktor kulturelle und soziale Herkunft – beeinflussen soziale Erwartungen, Leistungsbeurteilungen und damit auch das Selbstkonzept, die Motivation und die Schulerfolge von Mädchen und Jungen.

M3 Einführung der Basisstufe		
Zielsetzung	In der Basisstufe werden die Schülerinnen und Schüler ihrem Entwicklungsstand und Interesse entsprechend individuell gefördert. Spielend und lernend durchlaufen sie die Basisstufe in einer ihrer intellektuellen und persönlichen Entwicklung angepassten Geschwindigkeit.	
Indikatoren	Die Stadt Bern nimmt am Pilotversuch der Erziehungsdirektion zur Erarbeitung des Basiswissens teil. Das Raumkonzept für die Basisstufe ist für alle Schulkreise erarbeitet. Der Ausbaubedarf ist bekannt. Die rechtlichen und finanziellen Grundlagen für die Einführung der Basisstufe sind geschaffen.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Schulamt	
Realisierung	Kostendach	noch zu berechnen
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input checked="" type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen: <input checked="" type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	gemäss Vorgaben der Erziehungsdirektion (Lastenausgleich) Stabe-Kosten offen
Abhängigkeiten	vgl. auch M4, M5	
Von der Totalrevision des Volksschulgesetzes und entsprechenden kantonalen Vorgaben.		
Dokumentation: Kantonale Bildungsstrategie Raumkonzept		

M4 Umsetzung einer integrative(n) Schule		
<p>Zielsetzung Alle Schülerinnen und Schüler der Stadt Bern sind wenn immer möglich und sinnvoll in den Regelklassen integriert und erhalten dort die bestmögliche Förderung und Begleitung.</p> <p>Indikatoren Das Integrationskonzept ist vom Gemeinderat genehmigt. Die zur Verfügung stehenden Mittel werden bedarfsgerecht eingesetzt und gewährleisten die individuelle Förderung der Schülerinnen und Schüler entsprechend ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten Die Lehrpersonen sind im Hinblick auf die integrative Schule durch gezielte Weiterbildung auf den Paradigmawechsel vorbereitet und in interdisziplinärer Zusammenarbeit geschult.</p>		
Beteiligte Stellen		Federführung
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Erziehungsberatung		Schulamt
Realisierung	Kostendach	Keine zusätzl. Mittel
<input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input checked="" type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen: <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	Eventuell bauliche Anpassungen der Infrastrukturen
Abhängigkeiten		vgl. auch M5
Entscheid Stadtrat zum Schulreglement		
Dokumentation: Integrationskonzept Umsetzungspläne der Schulkreise Schulreglement		
M5 Ausbau des Mehrjahrgangsunterrichts		
<p>Zielsetzung Die Schülerinnen und Schüler werden in Mehrjahrgangsklassen unterrichtet. Sie werden individuell gefördert, zu selbstgesteuertem Lernen motiviert und lernen aufeinander Rücksicht zu nehmen.</p> <p>Indikatoren Mehrjahrgangsunterricht wird in Schulkreisen oder Schulstandorten als Element der integrativen Schule angewendet. Mehrjahrgangsklassen nehmen jährlich um 5 % zu.</p>		
Beteiligte Stellen		Federführung
<input type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen		Schulen
Realisierung	Kostendach	Keine zusätzlichen Kosten
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen: <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	
Abhängigkeiten		vgl. auch M3, M4
Bereitschaft von Schulleitungen und Lehrpersonen		
Dokumentation: Integrationskonzept Unterlagen der Schulleitungstagung 2008		

M6 Nahtstelle Sekundarstufe I – Sekundarstufe II		
<p>Zielsetzung Alle Schulabgängerinnen und –abgänger haben eine Anschlusslösung. Sie werden in der Sekundarstufe I bedarfsgerecht begleitet und erhalten die für sie angepasste Hilfestellung.</p> <p>Indikatoren Die Schulen auf der Sekundarstufe I verfügen über eigene Berufswahlkonzepte. Die Stadt gewährleistet die Vernetzung von Wirtschaft und Volksschule. Sie führt jährlich ein Wirtschafts-, Sozial- und Bildungsforum durch. Die Stadt beteiligt sich finanziell und ideell an Mentoring-Angeboten. Die Berufswahlkonzepte berücksichtigen den Genderaspekt, indem Schülerinnen und Schüler für geschlechtsuntypische Berufe und Lebensentwürfe sensibilisiert werden.</p>		
<p>Beteiligte Stellen</p> <p><input type="checkbox"/> Schulamt</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Schulen</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern</p> <p><input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst</p> <p><input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: BIZ</p>	<p>Federführung</p> <p>Schulen</p>	
<p>Realisierung</p> <p><input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität</p> <p><input type="checkbox"/> 2. Priorität</p> <p><input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen</p>	<p>Kostendach</p> <p>Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung</p> <p>Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber</p>	<p>Fr. 60'000.–</p> <p>Fr. 60'000.–</p>
<p>Abhängigkeiten</p> <p>Dokumentation: Leitfaden kantonales Rahmenkonzept Berufswahlvorbereitung Leistungsverträge mit BIZ für inclusio und Kamäleon DVD Berufswahlvorbereitung</p>		<p>vgl. auch M 13</p>



9.3 Handlungsfeld 3: Soziale Angebote

Schulsozialarbeit und Tagesschulangebote sind schulergänzende Massnahmen, die in den Schulalltag integriert sind. Sie tragen zur integrativen Schule bei. Die Schulsozialarbeit ist wichtig für die Konfliktlösung und trägt zu mehr Sozialkompetenz bei. Sie entlastet die Lehrpersonen zugunsten ihrer Kernaufgabe. Die Tages-

schulen sind als Verbundaufgabe von Kanton und Gemeinde gesetzlich verankert. Das Gewicht kann nun auf die Erprobung einer Ganztageschule gelegt werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Ausgleich der sozialen Unterschiede geleistet.

M7 Bedarfsgerechter Ausbau der Schulsozialarbeit		
Zielsetzung	Schülerinnen und Schüler werden im Prozess des Erwachsenwerdens begleitet und bei der Bewältigung kritischer Lebenslagen unterstützt. Eltern und Lehrpersonen werden in ihrer komplexen Erziehungsaufgabe unterstützt.	
Indikatoren	Die Ressourcen für die Schulsozialarbeit werden entsprechend den Empfehlungen des Leitfadens der Erziehungsdirektion ausgebaut (auf 950 Stellenprozent für die öffentliche Volksschule, entspricht einer Versorgung 100 Stellenprozent pro 926 Kinder und damit dem Minimum der kantonalen Empfehlung) Die Ressourcen für die Schulsozialarbeit sind gemäss dem städtischen Verteilungsfaktor bedarfsgerecht auf die Schulstandorte verteilt. Die Schulsozialarbeitenden sind für alle Zielgruppen adäquat erreichbar.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Gesundheitsdienst	
Realisierung	Kostendach 2009–2012	Jährlich im Durchschnitt Fr. 1'650'000.–
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> IAFP 2012 <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag 09/10 <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	+ 258'000.– für 180 zusätzliche Stellenprozent
Abhängigkeiten		
Bereitstellung der finanziellen Ressourcen durch die politischen Entscheidungsträger Entscheid über die Schulsozialarbeit seitens der Erziehungsdirektion 2012 (im Rahmen der Totalrevision des Volksschulgesetzes)		
Dokumentation: Leitfaden der Erziehungsdirektion Konzept Schulsozialarbeit Evaluationsbericht der Berner Fachhochschule für Soziale Arbeit		

M8 Einführung von Ganztagesstrukturen		
<p>Zielsetzung Die Schule ist Lern- und Lebensort. Sie bietet Schülerinnen und Schülern Angebote für Freizeit, Arbeit und Erholung. Die Schülerinnen und Schüler werden schulergänzend betreut.</p> <p>Indikatoren Das Konzept für die Einrichtung einer Pilot-Ganztagschule ist erarbeitet. Die jährlichen Kosten für die Führung einer Pilot-Ganztagschule sind bekannt. Der Schulstandort für den Pilotversuch ist in die Grundlagenerarbeitung einbezogen.</p>		
Beteiligte Stellen		Federführung
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Erziehungsdirektion		Schulamt
Realisierung	Kostendach	noch zu berechnen
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input checked="" type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input checked="" type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	noch zu berechnen noch zu berechnen finanzielle Beteiligung ist mit Kanton auszuhandeln (Lastenausgleich)
Abhängigkeiten		siehe auch M13
Politische Entscheide zur Finanzierung des Pilotversuchs		
Dokumentation: Projektauftrag der Direktion für Bildung, Soziales und Sport Diplomarbeit der PH Bern		



9.4 Handlungsfeld 4: Information und Öffentlichkeitsarbeit

Gut informierte Eltern tragen viel zum Bildungserfolg ihrer Kinder bei. Deshalb sollen sie optimal über unser Bildungssystem informiert sein. Ebenso wichtig sind ihre Erziehungskompetenzen. Die grosse Herausforderung liegt darin, diejenigen Eltern zu erreichen, welche Unterstützung und Begleitung brauchen. Das bernische Bildungswesen fordert die Elternmitwirkung.

Die Bildung und Erziehung ist eine gemeinsame Aufgabe von Schule und Eltern. Das dies bezügliche Bewusstsein muss auch bei den Eltern gestärkt werden.

In diesen Kontext gehören auch die öffentliche Diskussion der Integration und der Selektion sowie die inhaltliche Auseinandersetzung mit diesem Thema.

M9 Elternarbeit und Elternbildung		
Zielsetzung	Die Eltern wirken in der Schule mit. Sie sind über das bernische Schulsystem und die aktuellen pädagogischen und bildungspolitischen Diskussionen in der Stadt Bern informiert. Sie erhalten ein Weiterbildungsangebot zu pädagogischen und erzieherischen Themen.	
Indikatoren	Die Elternräte arbeiten an allen Schulstandorten gemäss ihren Aufgaben und Zuständigkeiten. Es gibt jährlich drei Elternabende für Fremdsprachige zum Schuleintritt, zum Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe und zur Berufswahlvorbereitung. Die Eltern erhalten 4 DVDs mit Elterninformationen zum KG-Eintritt, zum Schuleintritt, zum Übertritt von der Primarstufe in die Sekundarstufe und zur Berufswahlvorbereitung. Elternbildungskurse für Fremdsprachige sind koordiniert, inhaltlich konzipiert und bei den Zielgruppen bekannt.	
Beteiligte Stellen		Federführung
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input type="checkbox"/> Schulen <input checked="" type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (nach Bedarf) <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: isa, Verein für Fremdsprachige, Quartierzentren, Verein für Elternbildung etc.		Schulamt
Realisierung	Kostendach	Fr. 85'000.– für DVD Fr. 10'000.– für Elternabende und Elternbildung
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag 2010 <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input checked="" type="checkbox"/> weitere Finanzgeber (siehe beteiligte Stellen)	Fr. 65'000.00
Abhängigkeiten		vgl. auch M10
Bereitschaft der verschiedenen Akteurinnen und Akteure zur Zusammenarbeit Weiterbildungsangebote der PH Bern für Elternräte		
Dokumentation: Schulverordnung, DVD		

M10 Sensibilisierung für das Spannungsfeld von Selektion und Integration

Zielsetzung Schulleitungen, Lehrpersonen und weitere Fachpersonen in der Schule sowie Eltern und weitere Interessierte sind sich des Spannungsfelds zwischen Selektion und Integration bewusst. Sie kennen die Vor- und Nachteile der Selektion im Rahmen einer integrativen Schule.

Indikatoren Die Bedeutung von Selektion wird im Rahmen der Umsetzung der integrativen Schule in Schulleitungs- und Lehrpersonenteams diskutiert. Öffentliche Veranstaltungen über Chancen und Gefahren von Selektion werden durchgeführt. Es werden neue Formen der Zusammenarbeit auf der Sekundarstufe I erarbeitet und erprobt.

Beteiligte Stellen

- Schulamt
- Schulen
- Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern
- Gesundheitsdienst
- regionales Schulinspektorat
- weitere beteiligte Stellen

Federführung

Schulamt

Realisierung

- 1. Priorität
- 2. Priorität
- Sofortmassnahmen

Kostendach

- Stadt Voranschlag
- Investitionsrechnung
- Weitere beteiligte Stellen
 - Erziehungsdirektion
 - weitere Finanzgeber

Fr. 7'000.00

Fr. 7'000.- (für Referent/innen)

Abhängigkeiten

vgl. auch M9

Politische Entscheide in kantonalem Volksschulgesetz
Interesse und Echo des Zielpublikums

Dokumentation:
keine



9.5 Handlungsfeld 5: Qualitätssicherung und -entwicklung

Die Qualitätsentwicklung in der Schule hat an Bedeutung gewonnen. Es liegt im Interesse der Schule, über die eigene Arbeit Rechenschaft abzulegen und die eigenen Leistungen sichtbar zu machen. Insbesondere geht es um die Profilbildung. Es geht einerseits darum, verstärkt das Verständnis für eine einheitliche Volks-

schule Stadt Bern zu entwickeln, andererseits den einzelnen Schulkreisen und Schulstandorten eine gewisse Autonomie zu geben im Sinne von geleiteten Schulen. Die Weiterbildung der Lehrpersonen ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, insbesondere stadtsspezifische Weiterbildungen zur Profilbildung.

M11 Festlegung von gesamtstädtischen Qualitätsstandards		
Zielsetzung	Die Schulen der Stadt Bern orientieren sich an gemeinsam vereinbarten Qualitätskriterien, die regelmässig überprüft und weiterentwickelt werden.	
Indikatoren	Grundsätze für die Qualitätsentwicklung sind von der Direktion für Bildung, Soziales und Sport in Absprache mit der Volksschulkonferenz festgelegt. Das Qualitätsentwicklungsinstrument IQES ist bei den Schulkommissionen und Schulleitungen bekannt. Der Entscheid über eine allfällige Einführung ist gefällt. Die Schulkreise verfügen über Weiterbildungskonzepte. Die Lehrpersonen verfügen über das notwendige pädagogische Wissen zur Umsetzung des kantonalen Lehrplans und der Bildungsstrategie der Stadt Bern. Ressourcen für stadtsspezifische Weiterbildungen (pro Klasse Fr. 200.00) sind im integrierten Finanz- und Aufgabenplan IAFP eingeplant.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input checked="" type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input checked="" type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Direktion für Bildung, Soziales und Sport	
Realisierung	Kostendach	Fr. 100'000.-
<input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> IAFP <input type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input checked="" type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	Mittel noch nicht eingeplant
Abhängigkeiten	vgl. auch M12	
Politische Entscheide zur Sicherstellung eines Weiterbildungsbudgets		
Dokumentation: Controlling-Unterlagen des Regionalen Schulinspektorats Unterlagen von IQES		

9.6 Handlungsfeld 6: Führung der Volksschule

Im Rahmen der Totalrevision 2006 des städtischen Schulreglements wurden neue Schulstrukturen festgelegt. Die Schnittstellen zwischen Volksschulkonferenz, Schulkommissionen und der Direktion für Bildung, Soziales und Sport wurden neu festgelegt. Jetzt gilt es, aufgrund der gemachten Erfahrungen die Schnittstellen

von Gemeinderat, Direktion für Bildung, Soziales und Sport und Schulkommissionen zu bereinigen. Übergeordnetes Ziel sind eine effiziente und effektive Schulführung sowie eine Corporate Identity der Volksschulen der Stadt Bern.

M12 Ausrichtung der Führungsstrukturen auf die Bildungsstrategie (structure follows strategy)		
Zielsetzung	Die Strukturen der Schulen der Stadt Bern werden in klaren und transparenten Strukturen geführt. Sie arbeiten effizient und effektiv.	
Indikatoren	Die Schulbehörden, ihre Aufgaben und Zuständigkeiten sind festgelegt. Das Organigramm ist festgelegt. Das Schulreglement ist geändert.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Direktion für Bildung, Soziales und Sport	
Realisierung	Kostendach	Fr. 20'000.-
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> IAFP Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	Fr. 20'000.- noch nicht eingeplant.
Abhängigkeiten		vgl. auch M11
Politische Entscheide		
Dokumentation: keine		■

9.7 Handlungsfeld 7: Bauten und Anlagen

Zu einer qualitativ hochstehenden Bildung gehören zeitgemässe und den heutigen pädagogischen Ansprüchen genügende Infrastrukturen. Für die bessere Planbarkeit der Bauvorhaben und die Festlegung von Standards soll ein Richtraumprogramm erarbeitet werden. Dieses soll auch neue Vorhaben wie die Einrichtung von Basisstufen und von Tagesschulen enthalten.

Die zeitgemässe betriebliche Infrastruktur ist eine Daueraufgabe. Sie entspricht den durchschnittlichen Betriebskosten der Gymnasiumsgemeinden.

Die Informations- und Kommunikationstechnologie wird separat behandelt. Im Projekt base4kids werden die Schulen mit der neuen Technologie ausgerüstet. Der dafür zur Verfügung stehende Investitionskredit bietet die finanzielle Grundlage.

M13 Richtraumprogramm für zeitgemässe Räumlichkeiten für Unterricht, Sport und Bewegung sowie Tagesschulen		
Zielsetzung	Die Schulen verfügen über zeitgemässe Infrastrukturen, die den heutigen pädagogischen Ansprüchen genügen. Die Schulen sind als Lern- und Lebensorte ausgestaltet.	
Indikatoren	Das Richtraumprogramm ist vom Gemeinderat genehmigt. Es wird bei allen Gesamt- und Teilsanierungen sowie bei Neubauten als Planungsgrundlage angewendet. Bei Sanierungen werden die Standards des Richtraumprogramms angestrebt.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Stadtbauten Bern	Schulamt	
Realisierung	Kostendach	jährlich zu bestimmen
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag <input checked="" type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input checked="" type="checkbox"/> weitere Beteiligte: Stadtbauten Bern	Mietfolgekosten jährlich von Stabe berechnet Neubestellungen im Rahmen der Mittelfristigen Investitionsplanung
Abhängigkeiten	vgl. auch M8, M11	
Mittelfristige Investitionsplanung Budgetvorgaben des Gemeinderats für Quote der Mietfolgekosten		
Dokumentation: Rahmenvertrag der Stadtbauten Bern Entwurf Richtraumprogramm Umsetzungstool zur Berechnung des Raumbedarfs		

9.8 Handlungsfeld 8: Genderaspekt und gleichstellungs- fördernde Schule

Die Schule beeinflusst die Entwicklung und Förderung von Mädchen und Knaben in Richtung tatsächlicher Gleichstellung massgeblich. Die Geschlechterperspektive (Gender) fliesst in die Bildungsstrategie ein, wie dies der 2008 vom Gemeinderat in Kraft gesetzte Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern

2009–2012 vorsieht. Schwerpunkte des Aktionsplans liegen auf der Chancengleichheit junger Frauen und Männer in Bildung, Berufswahl und Lebensgestaltung sowie auf der Gewaltprävention (Prävention und Abbau geschlechtsspezifischer Diskriminierungen und Gewalt).

M14 Verankerung des Genderaspekts in der Qualitätsentwicklung		
Zielsetzung	Die Schülerinnen und Schüler erleben in der Schule tatsächliche Gleichstellung von Männern und Frauen. Schulleitung und Lehrpersonen sind genderkompetent und orientieren sich am Prinzip des Gender-Mainstreaming. Sie verhindern jegliche Form von Diskriminierung und fördern die Gleichstellung der Geschlechter im Unterricht ebenso wie im Schulalltag.	
Indikatoren	Im Qualitätsmanagement sind Ziele und Standards für eine geschlechtergerechte, gleichstellungsfördernde Schule definiert. In Schulleitungen und Schulkommissionen sind Frauen und Männer gleichmässig vertreten.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input checked="" type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Schulamt	
Realisierung	Kostendach	Keine zusätzl. Mittel
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	
Abhängigkeiten	vgl. auch M 6, 11, 15	
keine		
Dokumentation: Aktionsplan des Gemeinderats für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Werkmappe Genderkompetenz – Materialien für geschlechtergerechtes Unterrichten PHZ 2009 Unterwegs zur geschlechtergerechten Schule: Trendbericht Nr. 10 der SKBF Schweiz. Koordinationsstelle für Bildungsforschung.		



9.9 Handlungsfeld 9: Gesundheitsförderung

Eine gesundheitsfördernde Schule unterstützt die Schaffung eines Schulklimas, das ein gesundes Lernen ermöglicht. Die im kantonalen Lehrplan enthaltenen Bildungsziele in der Selbst-, Sozial- und Bildungskompetenz und die Ausführungen zur Schulgestaltung entsprechen den Zielen der Gesundheitsförderung. Ge-

sundheitsförderung ist ein Querschnittsthema in der schulischen Arbeit und beinhaltet Verhältnis- und Verhaltensprävention (Netzwerk gesundheitsfördernder Schulen; Lifeskillkurs «Du seisch wo düre» DSWD, suchtpräventive Angebote).

M15 Pflege und Vervollständigung des Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen (inkl. alle GF-Angebote für die Schule)		
Zielsetzung	Lernen in der Schule wird durch eine Atmosphäre begünstigt, in der sich Schülerinnen und Schüler und die Lehrpersonen wohl fühlen. Schülerinnen und Schüler erlernen gesundheitskompetentes Handeln.	
Indikatoren	Alle Schulen der Stadt Bern sind Teil des Netzwerks gesundheitsfördernder Schulen. Gesundheitsmanagement ist an allen Schulstandorten Bestandteil des Qualitätsmanagements.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input type="checkbox"/> Schulamt <input type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen	Gesundheitsdienst	
Realisierung	Kostendach	Jährlich im Durchschnitt Fr. 985'000.–
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	Sämtliche Kosten im Budget enthalten
Abhängigkeiten	vgl. auch M14, M15	
Dokumentation: Handbuch des Netzwerks Gesundheitsfördernder Schulen der Stadt Bern «Schulen gesundheitsfördernd gestalten!» Curriculum Gesundheitsförderung des Netzwerks Gesundheitsteams Stadtberner Schulen		



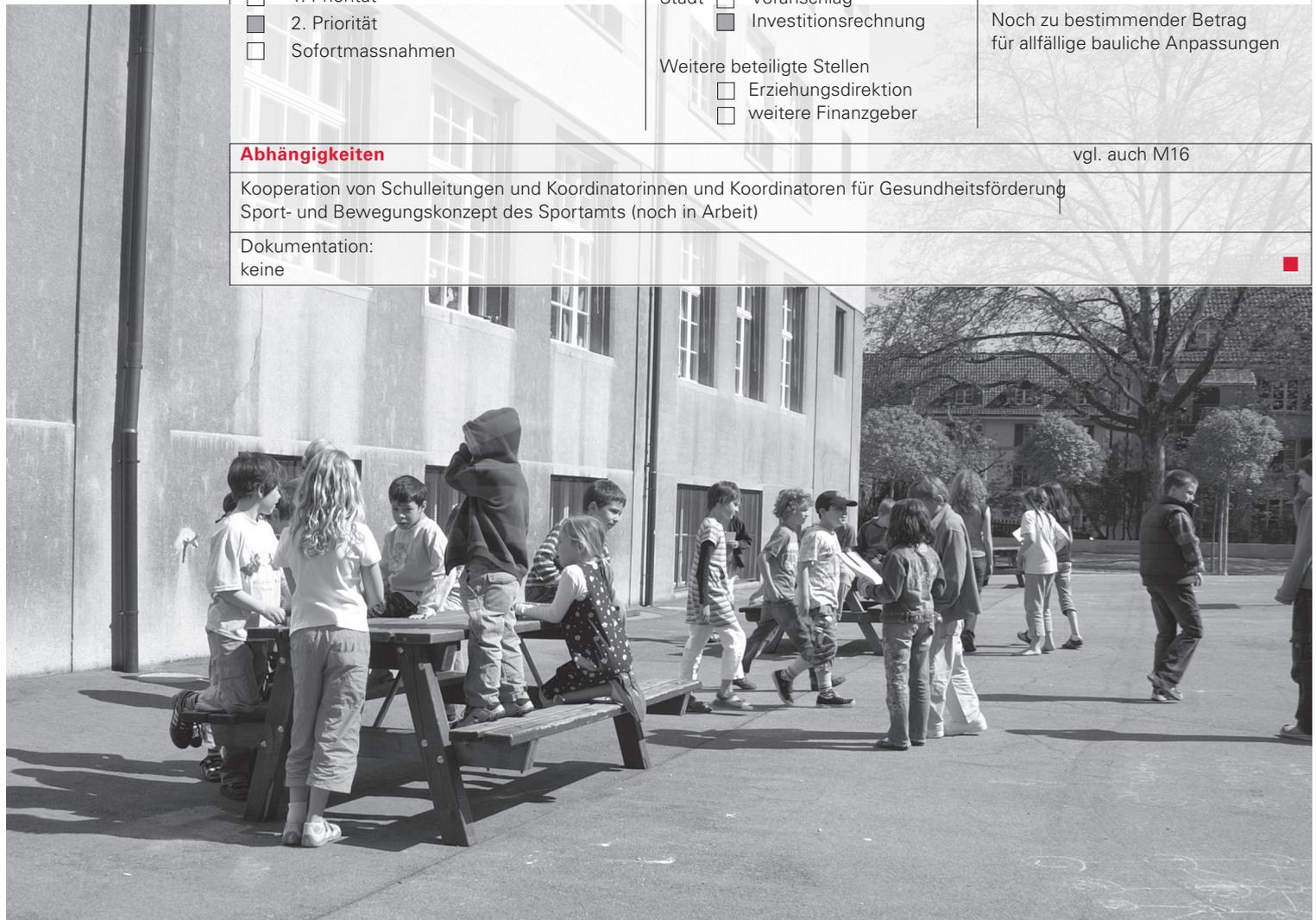
M16 Prävention von (sexueller) Gewalt und Gewährleistung einer diskriminierungsfreien Volksschule		
Zielsetzung	Die Schulen sind frei von (sexueller) Gewalt unter Kindern und Jugendlichen sowie zwischen Erwachsenen und Kindern und Jugendlichen. Schülerinnen und Schüler können konstruktiv mit Konflikten umgehen.	
Indikatoren	Verankerung der Gewaltprävention in den Leitbildern der Schulen Interdisziplinäre Zusammenarbeit in der Arbeitsgruppe Gewalt. Schutz der Schulanlagen vor Vandalismus. Projekt «Mein Körper gehört mir» wird jährlich an allen 2. Schuljahren durchgeführt Folgeprojekte für die Mittelstufe und die Sekundarstufe I werden geplant und realisiert. Ein Ehrenkodex zur Verhinderung von sexueller Gewalt ist von der Volksschulkonferenz und der Direktion für Bildung, Soziales und Sport erarbeitet und unterzeichnet. Gesamtstädtisches Gewaltpräventionskonzept ist erarbeitet.	
Beteiligte Stellen	Federführung	
<input checked="" type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input checked="" type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input checked="" type="checkbox"/> Jugendamt <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Stadtbauten	Schulamt	
Realisierung	Kostendach	jährlich Fr. 565'000.–
<input checked="" type="checkbox"/> 1. Priorität <input type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input checked="" type="checkbox"/> IAFP <input checked="" type="checkbox"/> Voranschlag 2010 <input type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input checked="" type="checkbox"/> weitere Finanzgeber (Stabe)	Fr. 500'000.– Fr. 65'000.– Fr. 1'000'000.– für Vandalismusprävention
Abhängigkeiten	vgl. auch M14; M16	
keine		
Dokumentation: Vandalismus-Bericht(e) Merkblätter zur Gewaltprävention (Handy-Richtlinien, Leitfaden «was ist zu tun bei Gewalt» usw.) ■ Aktionsplan zur Gleichstellung von Frauen und Männern 2009–2012		

9.10 Handlungsfeld 10: «Bewegte Schule»

Die negativen Auswirkungen von Bewegungsmangel und Inaktivität auf die Gesundheit des Menschen und der positive Einfluss von körperlicher Aktivität auf die kognitive Leistungsfähigkeit sind wissenschaftlich

belegt. Kinder tragen die Freude am Spiel und an Bewegung in sich. Diese gilt es zu erhalten und zu fördern. Die Schule kann über die «Bewegte Schule» einen Beitrag zur Gesundheitsprophylaxe leisten.

M17 Umsetzung der «bewegten Schule»		
Zielsetzung	Schülerinnen und Schüler können ihre Bewegungsbedürfnisse im Lern- und Lebensort Schule ausleben. Sie verhalten sich gesundheitsbewusst und bewegen sich gerne	
Indikatoren	Bewegung wird verstanden als integraler Bestandteil des Alltags in der Schule. Bewegungspausen sind in den Schulen eingeführt. Das Projekt Purzelbaum ist in den Kindergärten umgesetzt und wird auf die Primarstufe ausgeweitet. Es bestehen Weiterbildungsangebote für Lehrpersonen. Schulen beteiligen sich an Bewegungsprojekten wie z.B. «bike to school»	
Beteiligte Stellen	<input type="checkbox"/> Schulamt <input checked="" type="checkbox"/> Schulen <input type="checkbox"/> Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern <input checked="" type="checkbox"/> Gesundheitsdienst <input type="checkbox"/> regionales Schulinspektorat <input checked="" type="checkbox"/> weitere beteiligte Stellen: Sportamt	Federführung Sportamt
Realisierung	Kostendach	noch zu berechnen
<input type="checkbox"/> 1. Priorität <input checked="" type="checkbox"/> 2. Priorität <input type="checkbox"/> Sofortmassnahmen	Stadt <input type="checkbox"/> Voranschlag <input checked="" type="checkbox"/> Investitionsrechnung Weitere beteiligte Stellen <input type="checkbox"/> Erziehungsdirektion <input type="checkbox"/> weitere Finanzgeber	Noch zu bestimmender Betrag für allfällige bauliche Anpassungen
Abhängigkeiten	vgl. auch M16	
Kooperation von Schulleitungen und Koordinatorinnen und Koordinatoren für Gesundheitsförderung Sport- und Bewegungskonzept des Sportamts (noch in Arbeit)		
Dokumentation: keine		



Anhang I **Entwicklung der Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Stadt Bern**

	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
Kindergarten										
Anzahl Kindergärten	89	92	91	86	85	88	90	89	89	90
Kinderzahlen	1587	1610	1593	1490	1479	1598	1608	1596	1568	1630
Ausländer/innenanteil	697	712	759	568	555	552	541	490	481	489
Ausländer/innenanteil in %	43.92	44.22	47.65	38.12	37.53	34.54	33.64	30.70	30.68	30.00
Basisstufe										
Anzahl Klassen							1	1	1	1
Kinderzahlen							17	23	21	23
Ausländer/innenanteil							2	5	6	7
Ausländer/innenanteil in %							11.76	21.74	28.57	30.43
Volksschule										
Regelklassen										
Primarstufe										
Klassenzahlen	254	255	248	245	244	242	243	240	240	240
Schüler/innenzahlen	4794	4825	4809	4792	4792	4655	4585	4525	4535	4472
Ausländer/innenanteil	1475	1569	1547	1588	1550	1494	1413	1276	1203	1211
Ausländer/innenanteil in %	30.77	32.52	32.17	33.14	32.35	32.09	30.82	28.20	26.53	27.08
Sekundarstufe I										
Klassenzahlen	109	105	103	104	104	105	109	110	105	103
Realschüler/innen										
Schüler/innenzahlen	906	912	939	926	941	928	956	898	814	802
Ausländer/innenanteil	417	434	449	426	421	420	402	369	323	346
Ausländer/innenanteil in %	46.03	47.59	47.82	46.00	44.74	45.26	42.05	41.09	39.68	43.14
Sekundarschüler/innen										
Schüler/innenzahlen	1008	961	959	1017	971	988	1034	1101	1116	1119
Ausländer/innenanteil	158	162	158	173	183	185	187	189	203	197
Ausländer/innenanteil in %	15.67	16.86	16.48	17.01	18.85	18.72	18.09	17.17	18.19	17.61
Besondere Klassen										
KKA (inkl. IV-Klassen)										
Klassenzahlen	32	33	36	37	36	36	36	35	33	28
Schüler/innenzahlen	296	310	335	345	347	362	317	305	281	256
Ausländer/innenanteil	156	168	197	208	199	188	192	174	167	156
Ausländer/innenanteil in %	52.70	54.19	58.81	60.29	57.35	51.93	60.57	57.05	59.43	60.94

	1999/00	2000/01	2001/02	2002/03	2003/04	2004/05	2005/06	2006/07	2007/08	2008/09
Besondere Klassen (Fortsetzung)										
KKB										
Klassenzahlen	8	8	8	8	8	8	8	8	9	7
Schüler/innenzahlen	75	70	68	74	81	83	78	76	76	52
Ausländer/innenanteil	36	26	26	21	29	35	29	29	38	27
Ausländer/innenanteil in %	48.00	37.14	38.24	28.38	35.80	42.17	37.18	38.16	50.00	51.92
KKD										
Klassenzahlen	19	19	19	17	18	16	15	16	16	14
Schüler/innenzahlen	187	179	170	158	169	140	143	155	155	142
Ausländer/innenanteil	87	81	85	89	77	68	68	68	63	60
Ausländer/innenanteil in %	46.52	45.25	50.00	56.33	45.56	48.57	47.55	43.87	40.65	42.25
Sprachheilschule										
Klassenzahlen	6	6	7	8	8	8	8	8	8	8
Schüler/innenzahlen	46	48	59	70	69	69	73	72	87	69
Ausländer/innenanteil	7	8	10	19	18	13	16	17	20	19
Ausländer/innenanteil in %	15.22	16.67	16.95	27.14	26.09	18.84	21.92	23.61	22.99	27.54
Klassen für Fremdsprachige										
Klassenzahlen	15	15	14	15	15	15	13	10	10	8
Schüler/innenzahlen	100	74	63	84	69	95	102	67	93	92
Ausländer/innenanteil	94	65	59	82	66	89	97	65	88	89
Ausländer/innenanteil in %	94.00	87.84	93.65	97.62	95.65	93.68	95.10	97.01	94.62	96.74
Privatschulen										
Schüler/innenzahlen (nur Stadt Bern)	590	565	617	729	795	812	907	873	881	832
Ausländer/innenanteil	61	52	66	104	107	123	129	124	117	243
Ausländer/innenanteil in %	10.34	9.20	10.70	14.27	13.46	15.15	14.22	14.20	13.28	29.21
Gesamttotal Schülerinnen und Schüler										
Schüler/innenzahlen	9589	9554	9612	9685	9713	9730	9820	9691	9627	9489
Ausländer/innenanteil	3188	3277	3356	3278	3205	3167	3076	2806	2709	2844
Ausländer/innenanteil in %	33.25	34.30	34.91	33.85	33.00	32.55	31.32	28.95	28.14	29.97

Bis 2001 wurden die Muttersprachen erhoben; Kinderzahlen inkl. Sprachheilkindergarten.
Ohne Quartan und Klassen für Fremdsprachige.
Inkl. KKA Stapfenacker/Brünnen.

Anhang II Schulaustretende

	RealschülerInnen								SekundarschülerInnen								
	Gesamtzahl				davon AusländerInnen				Gesamtzahl				davon AusländerInnen				
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		
		in %		in %		in %		in %		in %		in %		in %		in %	
2003	Lehrvertrag	36	26.9	24	20.2	9	14.5	5	9.1	88	39.8	28	16.4	6	14.6	4	11.8
	Suche	18	13.4	12	10.1	8	12.9	6	10.9	16	7.2	6	3.5	4	9.8	2	5.9
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	23	10.4	26	15.2	6	14.6	2	5.9
	Handelsschule (3 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	21	9.5	22	12.9	5	12.2	4	11.8
	BVS öffentlich	69	51.5	48	40.3	41	66.1	32	58.2	39	17.6	29	17	15	36.6	16	47.1
	BVS privat	6	4.5	9	7.6	2	3.2	3	5.5	21	9.5	22	12.9	4	9.8	4	11.8
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	1	0.8	0	0	0	0	3	1.4	3	1.8	1	2.4	0	0
	FMS	0	0	1	0.8	0	0	0	0	1	0.5	19	11.1	0	0	0	0
	praktisches Zwischenjahr	0	0	14	11.8	0	0	5	9.1	6	2.7	14	8.2	0	0	0	0
	Arbeitsstelle	0	0	1	0.8	0	0	1	1.8	0	0	1	0.6	0	0	1	2.9
	nichts	5	3.7	9	7.6	2	3.2	3	5.5	3	1.4	1	0.6	0	0	1	2.9
	Total	134	100	119	100	62	100	55	100	221	100	171	100	41	100	34	100
2004	Lehrvertrag	74	37.4	28	15.9	17	22.4	6	8.1	69	38.8	39	24.2	10	41.7	2	8.7
	Suche	11	5.6	19	10.8	8	10.5	8	10.8	8	4.5	2	1.2	1	4.2	0	0
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	32	18	30	18.6	2	8.3	2	8.7
	Handelsschule (3 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	29	16.3	25	15.5	6	25	8	34.8
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	68	34.3	77	43.8	37	48.7	43	58.1	17	9.6	19	11.8	2	8.3	6	26.1
	BVS privat	27	13.6	28	15.9	7	9.2	7	9.5	13	7.3	13	8.1	2	8.3	2	8.7
	Handelsschule (2 Jahre)	1	0.5	2	1.1	0	0	0	0	1	0.6	0	0	0	0	0	0
	FMS	1	0.5	1	0.6	0	0	1	1.4	3	1.7	22	13.7	0	0	2	8.7
	praktisches Zwischenjahr	5	2.5	9	5.1	0	0	1	1.4	4	2.2	8	5	0	0	0	0
	Arbeitsstelle	5	2.5	1	0.6	4	5.3	1	1.4	1	0.6	0	0	0	0	0	0
	nichts	6	3	11	6.3	3	3.9	7	9.5	1	0.6	3	1.9	1	4.2	1	4.3
	Total	198	100	176	100	76	100	74	100	178	100	161	100	24	100	23	100
2005	Lehrvertrag	50	25	17	12.1	12	14.8	5	8.1	61	42.4	34	22.4	7	50	4	16
	Suche	5	2.5	5	3.5	3	3.7	3	4.8	1	0.7	3	2	0	0	1	4
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	25	17.4	25	16.4	1	7.1	3	12
	Handelsschule (3 Jahre)	3	1.5	2	1.4	1	1.2	1	1.6	17	11.8	28	18.4	3	21.4	5	20
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	95	47.5	77	54.6	58	71.6	39	62.9	20	13.9	22	14.5	1	7.1	7	28
	BVS privat	29	14.5	30	21.3	2	2.5	9	14.5	7	4.9	13	8.6	0	0	1	4
	Handelsschule (2 Jahre)	2	1	0	0	1	1.2	0	0	4	2.8	4	2.6	0	0	1	4
	FMS	0	0	0	0	0	0	0	0	4	2.8	16	10.5	1	7.1	3	12
	praktisches Zwischenjahr	8	4	5	3.5	0	0	1	1.6	1	0.7	6	3.9	0	0	0	0
	Arbeitsstelle	3	1.5	2	1.4	3	3.7	1	1.6	1	0.7	0	0	1	7.1	0	0
	nichts	5	2.5	3	2.1	1	1.2	3	4.8	3	2.1	1	0.7	0	0	0	0
	Total	200	100	141	100	81	100	62	100	144	100	152	100	14	100	25	100
2006	Lehrvertrag	42	25.6	27	22.1	12	20.7	10	19.2	71	43.3	56	31.8	10	38.5	11	28.2
	Suche	19	11.6	4	3.3	7	12.1	4	7.7	7	4.3	5	2.8	3	11.5	1	2.6
	Maturitätsschule	2	1.2	1	0.8	0	0	1	1.9	20	12.2	25	14.2	0	0	2	5.1
	Handelsschule (3 Jahre)	1	0.6	1	0.8	1	1.7	0	0	15	9.1	22	12.5	3	11.5	5	12.8
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	70	42.7	73	59.8	30	51.7	31	59.6	16	9.8	21	11.9	4	15.4	12	30.8
	BVS privat	16	9.8	10	8.2	2	3.4	4	7.7	22	13.4	20	11.4	2	7.7	5	12.8
	Handelsschule (2 Jahre)	1	0.6	1	0.8	0	0	0	0	1	0.6	0	0	0	0	0	0
	FMS	1	0.6	0	0	0	0	0	0	6	3.7	21	11.9	0	0	2	5.1
	praktisches Zwischenjahr	6	3.7	2	1.6	2	3.4	0	0	3	1.8	3	1.7	1	3.8	0	0
	Arbeitsstelle	1	0.6	2	1.6	0	0	2	3.8	2	1.2	1	0.6	2	7.7	0	0
	nichts	5	3	1	0.8	4	6.9	0	0	1	0.6	2	1.1	1	3.8	1	2.6
	Total	164	100	122	100	58	100	52	100	164	100	176	100	26	100	39	100
2007	Lehrvertrag	63	31.7	19	12.8	17	23	6	10.9	87	46.8	35	21.2	8	40	5	14.7
	Suche	10	5	11	7.4	6	8.1	5	9.1	5	2.7	4	2.4	1	5	1	2.9
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	25	13.4	35	21.2	5	25	5	14.7
	Handelsschule (3 Jahre)	2	1	1	0.7	1	1.4	1	1.8	21	11.3	16	9.7	3	15	6	17.6
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	82	41.2	87	58.4	39	52.7	36	65.5	11	5.9	20	12.1	1	5	8	23.5
	BVS privat	27	13.6	20	13.4	5	6.8	0	0	29	15.6	20	12.1	1	5	3	8.8
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	1	0.7	0	0	0	0	3	1.6	6	3.6	0	0	2	5.9
	FMS	0	0	0	0	0	0	0	0	4	2.2	18	10.9	1	5	1	2.9
	praktisches Zwischenjahr	6	3	5	3.4	1	1.4	4	7.3	0	0	7	4.2	0	0	2	5.9
	Arbeitsstelle	1	0.5	1	0.7	1	1.4	1	1.8	0	0	1	0.6	0	0	1	2.9
	nichts	8	4	4	2.7	4	5.4	2	3.6	1	0.5	3	1.8	0	0	0	0
	Total	199	100	149	100	74	100	55	100	186	100	165	100	20	100	34	100
2008	Lehrvertrag	79	39.7	33	22.1	10	13.5	10	18.2	81	43.5	47	28.5	8	40	5	14.7
	Suche	13	6.5	2	1.3	4	5.4	0	0	13	7	6	3.6	1	5	0	0
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	27	14.5	37	22.4	0	0	2	5.9
	Handelsschule (3 Jahre)	1	0.5	3	2	0	0	0	0	16	8.6	23	13.9	4	20	1	2.9
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	78	39.2	77	51.7	25	33.8	31	56.4	6	3.2	21	12.7	3	15	5	14.7
	BVS privat	25	12.6	21	14.1	3	4.1	2	3.6	27	14.5	14	8.5	1	5	0	0
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.5	2	1.2	1	5	0	0
	FMS	0	0	2	1.3	0	0	0	0	8	4.3	25	15.2	0	0	3	8.8
	praktisches Zwischenjahr	1	0.5	8	5.4	1	1.4	0	0	4	2.2	19	11.5	1	5	0	0
	Arbeitsstelle	0	0	1	0.7	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	nichts	5	2.5	2	1.3	1	1.4	1	1.8	2	1.1	1	0.6	0	0	0	0
	Total	202	100	149	100	44	100	44	100	185	100	195	100	19	100	16	100

	SchülerInnen KK A/B								Gesamttotal								
	Gesamtzahl				davon AusländerInnen				SchweizerInnen				AusländerInnen				
	männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		männlich		weiblich		
		in %		in %		in %		in %		in %		in %		in %		in %	
2003	Lehrvertrag	5	20.8	4	12.5	3	16.7	1	4.8	111	43	46	21.7	18	14.9	10	9.1
	Suche	3	12.5	3	9.4	3	16.7	0	0	22	8.5	13	6.1	15	12.4	8	7.3
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	17	6.6	24	11.3	6	5	2	1.8
	Handelsschule (3 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	16	6.2	18	8.5	5	4.1	4	3.6
	BVS öffentlich	5	20.8	16	50	3	16.7	12	57.1	54	20.9	33	15.6	59	48.8	60	54.5
	BVS privat	0	0	1	3.1	0	0	1	4.8	21	8.1	24	11.3	6	5	8	7.3
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0.8	4	1.9	1	0.8	0	0
	FMS	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.4	20	9.4	0	0	0	0
	praktisches Zwischenjahr	0	0	3	9.4	0	0	3	14.3	6	2.3	23	10.8	0	0	8	7.3
	Arbeitsstelle	3	12.5	0	0	3	16.7	0	0	0	0	0	0	3	2.5	2	1.8
	nichts	8	33.3	5	15.6	6	33.3	4	19	8	3.1	7	3.3	8	6.6	8	7.3
	Total	24	100	32	100	18	100	21	100	258	100	212	100	121	100.1	110	100
	2004	Lehrvertrag	8	23.5	5	35.7	3	14.3	2	40	121	41.9	62	24.9	30	24.8	10
Suche		4	11.8	1	7.1	3	14.3	0	0	11	3.8	14	5.6	12	9.9	8	7.8
Maturitätsschule		0	0	0	0	0	0	0	0	30	10.4	28	11.2	2	1.7	2	2
Handelsschule (3 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	23	8	17	6.8	6	5	8	7.8
DMS		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BVS öffentlich		17	50	4	28.6	12	57.1	2	40	51	17.6	49	19.7	51	42.1	51	50
BVS privat		0	0	2	14.3	0	0	0	0	31	10.7	34	13.7	9	7.4	9	8.8
Handelsschule (2 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	2	0.7	2	0.8	0	0	0	0
FMS		0	0	0	0	0	0	0	0	4	1.4	20	8	0	0	3	2.9
praktisches Zwischenjahr		1	2.9	2	14.3	1	4.8	1	20	9	3.1	17	6.8	1	0.8	2	2
Arbeitsstelle		2	5.9	0	0	1	4.8	0	0	3	1	0	0	5	4.1	1	1
nichts		2	5.9	0	0	1	4.8	0	0	4	1.4	6	2.4	5	4.1	8	7.8
Total		34	100	14	100	21	100	5	100	289	100	249	100	121	100	102	100
2005		Lehrvertrag	4	16	2	16.7	3	15.8	1	14.3	93	36.5	43	20.4	22	19.3	10
	Suche	5	20	2	16.7	3	15.8	2	28.6	5	2	4	1.9	6	5.3	6	6.4
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	24	9.4	22	10.4	1	0.9	3	3.2
	Handelsschule (3 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	16	6.3	24	11.4	4	3.5	6	6.4
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	13	52	8	66.7	10	52.6	4	57.1	59	23.1	57	27	69	60.5	50	53.2
	BVS privat	0	0	0	0	0	0	0	0	34	13.3	33	15.6	2	1.8	10	10.6
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	5	2	3	1.4	1	0.9	1	1.1
	FMS	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1.2	13	6.2	1	0.9	3	3.2
	praktisches Zwischenjahr	0	0	0	0	0	0	0	0	9	3.5	10	4.7	0	0	1	1.1
	Arbeitsstelle	2	8	0	0	2	10.5	0	0	0	0	1	0.5	6	5.3	1	1.1
	nichts	1	4	0	0	1	5.3	0	0	7	2.7	1	0.5	2	1.8	3	3.2
	Total	25	100	12	100	19	100	7	100	255	100	211	100	114	100.2	94	100.1
	2006	Lehrvertrag	5	13.5	1	4.3	1	3.8	1	6.7	95	37.3	62	28.8	23	20.9	22
Suche		0	0	1	4.3	0	0	1	6.7	16	6.3	4	1.9	10	9.1	6	5.7
Maturitätsschule		0	0	0	0	0	0	0	0	22	8.6	23	10.7	0	0	3	2.8
Handelsschule (3 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	12	4.7	18	8.4	4	3.6	5	4.7
DMS		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BVS öffentlich		20	54.1	17	73.9	17	65.4	10	66.7	55	21.6	58	27	51	46.4	53	50
BVS privat		0	0	1	4.3	0	0	1	6.7	34	13.3	21	9.8	4	3.6	10	9.4
Handelsschule (2 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	2	0.8	1	0.5	0	0	0	0
FMS		0	0	0	0	0	0	0	0	7	2.7	19	8.8	0	0	2	1.9
praktisches Zwischenjahr		4	10.8	2	8.7	2	7.7	1	6.7	8	3.1	6	2.8	5	4.5	1	0.9
Arbeitsstelle		0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.4	1	0.5	2	1.8	2	1.9
nichts		8	21.6	1	4.3	6	23.1	1	6.7	3	1.2	2	0.9	11	10	2	1.9
Total		37	100	23	100	26	100	15	100	255	100	215	100.1	110	100	106	100
2007		Lehrvertrag	7	23.3	1	6.3	3	16.7	1	9.1	129	42.6	43	18.7	28	25	12
	Suche	3	10	2	12.5	2	11.1	2	18.2	9	3	9	3.9	9	8	8	8
	Maturitätsschule	0	0	0	0	0	0	0	0	20	6.6	30	13	5	4.5	5	5
	Handelsschule (3 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	19	6.3	10	4.3	4	3.6	7	7
	DMS	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	BVS öffentlich	16	53.3	11	68.8	11	61.1	6	54.5	58	19.1	68	29.6	51	45.5	50	50
	BVS privat	2	6.7	0	0	1	5.6	0	0	51	16.8	37	16.1	7	6.3	3	3
	Handelsschule (2 Jahre)	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	5	2.2	0	0	2	2
	FMS	0	0	0	0	0	0	0	0	3	1	17	7.4	1	0.9	1	1
	praktisches Zwischenjahr	0	0	1	6.3	0	0	1	9.1	5	1.7	6	2.6	1	0.9	7	7
	Arbeitsstelle	1	3.3	0	0	1	5.6	0	0	0	0	0	0	2	1.8	2	2
	nichts	1	3.3	1	6.3	0	0	1	9.1	6	2	5	2.2	4	3.6	3	3
	Total	30	100	16	100	18	100	11	100	303	100.1	230	100	112	100.1	100	100
	2008	Lehrvertrag	3	10	2	12.5	1	5.6	1	9.1	144	47.5	66	28.7	19	17	16
Suche		2	6.7	2	12.5	1	5.6	1	9.1	22	7.3	9	3.9	6	5.4	1	1
Maturitätsschule		0	0	0	0	0	0	0	0	27	8.9	35	15.2	0	0	2	2
Handelsschule (3 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	13	4.3	25	10.9	4	3.6	1	1
DMS		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BVS öffentlich		12	40	9	56.3	8	44.4	6	54.5	60	19.8	65	28.3	36	32.1	42	42
BVS privat		1	3.3	0	0	0	0	0	0	49	16.2	33	14.3	4	3.6	2	2
Handelsschule (2 Jahre)		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0.9	1	0.9	0	0
FMS		0	0	0	0	0	0	0	0	8	2.6	24	10.4	0	0	3	3
praktisches Zwischenjahr		1	3.3	0	0	1	5.6	0	0	3	1	27	11.7	3	2.7	0	0
Arbeitsstelle		0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0.4	0	0	0	0
nichts		3	10	0	0	0	0	0	0	9	3	2	0.9	1	0.9	1	1
Total		22	100	13	100	11	100	8	100	335	110.6	289	125.6	74	66.2	68	68

Anhang III Umfeldanalyse und Trends

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>1 HarmoS</p> <p>1.1 Basisstufe/2-jähriger obl. Kindergarten</p>	<p>Bereits heute bestehendes Konkordat, aber ohne KG, KG freiwillig, 1- od. 2-jährig</p>	<p>Einführung des obl. KG, allenfalls Einführung der Basisstufe</p>	<p>Anpassung der Infrastrukturen notwendig (Konzept Basisstufe)</p> <p>Neue Kompetenzen der KG- und Unterstufen-Lehrpersonen gefordert (neue Grundausbildung, Weiterbildung)</p>	<p>Chancen</p> <p>Harmonischer Eintritt in Schule. Mehr Flexibilität für SchülerInnen in der schulischen Laufbahn. Beitrag zur besseren Chancengleichheit.</p> <p>Beitrag zur Umsetzung der integrativen Schule.</p> <p>Gefahren</p> <p>Funktioniert nur, wenn genügend personelle Ressourcen gesprochen und die Infrastrukturen angepasst werden.</p>	<p>Basisstufe soll der besseren Chancengleichheit dienen.</p> <p>Organischer Schuleintritt leistet einen wichtigen Beitrag für den Schulerfolg.</p> <p>Mehr individuelle Förderung</p> <p>Basisstufe = integrative Unterrichtsform</p> <p>Einführung der Basisstufe hat Auswirkungen auf Mittel- und Oberstufe</p>
<p>1.2 Interkantonale Koordination</p>	<p>Es gibt bereits ein interkantonales Konkordat für die Volksschule ohne KG.</p>	<p>Der Kindergarten resp. die Basisstufe wird zur obligatorischen Schulzeit gehören.</p> <p>Der Föderalismus wird eingeschränkter</p>	<p>Obligatorische Schulzeit wird von 9 auf 11 Jahre verlängert.</p> <p>Ausbau des KG-Angebotes notwendig.</p> <p>Autonomie des Kantons wird reduziert.</p>	<p>Chancen</p> <p>Verbindlichkeit des KG wird grösser. Förderung beginnt früher</p> <p>Gefahren</p> <p>Finanzieller Aufwand steigt durch frühere Einschulung</p>	<p>Infrastrukturen müssen eventuell ausgebaut werden.</p> <p>Frühere Einschulung soll der besseren Chancengleichheit dienen.</p>
<p>1.3 Bildungsstandards</p>	<p>BIVOS mit „Lernwerk“ auf freiwilliger Basis schon eingeführt</p>	<p>Einführung von nationalen Bildungsstandards in den Fächern Deutsch, Mathematik, erste Fremdsprache und NIMM</p>	<p>Analyse der Bildungswirkung auf systemischer Ebene</p> <p>Mehr Steuerungswissen für die einzelnen Gemeinden resp. die Schulen</p>	<p>Chancen</p> <p>Steuerungswissen dient der Qualitätssteigerung</p> <p>Gefahren</p> <p>Bildungsstandards werden für Gemeinderankings missbraucht. Handlungsbedarf ist zwar bekannt, aber Mittel werden nicht zur Verfügung gestellt</p>	<p>Steuerungswissen für Qualitätsentwicklung nutzen</p> <p>Ressourcen dort einsetzen, wo Handlungsbedarf geortet werden kann.</p> <p>Bedarfsgerechter Mitteleinsatz (Lektionen usw.)</p>
<p>1.4 Frühfremdsprachenunterricht</p>	<p>Die Einführung des Frühfremdsprachenunterrichts wird vom Kanton vorbereitet. Es bestehen Weiterbildungsangebote für die Lehrpersonen zur Erhöhung der eigenen Fremdsprachenkompetenz.</p>	<p>Der Frühfremdsprachenunterricht wird eingeführt.</p>	<p>Lehrplanänderung.</p> <p>Weiterbildungsbedarf von Lehrpersonen.</p> <p>Ausbau der Lektionstafel: Mehr Lehrpersonen, mehr Unterrichtsraum.</p>	<p>Chancen</p> <p>Die Einführung des Frühfremdsprachenunterrichts erhöht die Sprachkompetenzen der Schülerinnen und Schüler. Lehrpersonen wenden eine andere Sprachendidaktik an.</p> <p>Gefahren</p> <p>Zu viele Reformen auf einmal überfordern das System. Die Schule kann nicht mehr alles umsetzen.</p>	<p>Reformen, welche vom Kanton oder von der EDK eingeführt werden, müssen mit genügend zeitlichen, personellen und finanziellen Ressourcen umgesetzt werden.</p> <p>Die Lehrpersonen müssen sich laufend den neuen methodischen und didaktischen Reformen entsprechend weiterbilden.</p>

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>2 Neuer deutschschweizerischer Lehrplan</p>	<p>Heutiger kantonalbernischer Lehrplan stammt von 1995. Lehrplan dient als Leitplanke innerhalb der sich die Schulen und Lehrpersonen methodisch freibewegen können</p>	<p>Einführung eines deutschschweizerischen Lehrplans mit Auswirkungen auf die Lektionenzahlen. Vorgaben des Lehrplans werden im neuen kantonalen Volksschulgesetz umgesetzt.</p>	<p>Auswirkungen noch ungewiss. Interkantonale Harmonisierung Bildungsstandards Einheitliche Lehrmittel</p>	<p>Chancen Kostenreduktion Vergleichbare Standards Gefahren Widerstand Lehrpersonal</p>	<p>Schulungsaufwand Neue Lehrmittel</p>
<p>3 Neues Volksschulgesetz auf kantonaler Ebene</p>	<p>Heutiges Gesetz stammt von 1992. Es wurde insgesamt 4-mal teilrevidiert. Deshalb ist eine Totalrevision notwendig.</p>	<p>Das neue Volksschulgesetz wird definitive Entscheide betr. Basisstufe, Schulsozialarbeit usw. bringen.</p>	<p>Auswirkungen hängen von diesen Entscheiden ab. Szenario 1 Der Kanton übernimmt eine aktive Rolle in der Steuerung und Koordination des Volksschulwesens und gibt damit den Gemeinden verbindliche Leitlinien vor. Szenario 2 Der Kanton gibt diese Steuerungsaufgabe ab. Die Volksschule entwickelt sich von Gemeinde zu Gemeinde anders. Die Volksschule wird ein Standortvorteil für die Gemeinden (es entsteht ein Wettbewerb)</p>	<p>Chancen Die Stadt Bern ist auf beide Szenarien vorbereitet. Sie verfügt über eine qualitativ hochstehende Volksschule. Sie ist bereit, die Volksschule als Standortvorteil für sich zu nutzen.</p>	<p>Risiken</p>
<p>4 Qualitätssicherung Volksschule</p>	<p>Die SL sind verantwortlich für die Qualitätssicherung in der Volksschule. Das Schulinspektorat hat ein Controlling eingeführt. Es gibt keine einheitlichen Qualitätskriterien. Der Kanton hat eine neue Software eingeführt für die Qualitätssicherung (IQUES)</p>	<p>Die Qualitätssicherung und -entwicklung wird mithilfe von IQUES in den Volksschulen angewandt und führt zu einem standardisierten und einheitlichen System</p>	<p>Einführung von IQUES zuerst auf freiwilliger, später auf verbindlicher Basis. Dies führt zu finanziellen Verpflichtungen der Stadt Bern gegenüber dem Kanton (nach 2 Jahren Gratisbenutzung Kostenpflicht)</p>	<p>Chancen Qualitätssicherung und -entwicklung wird mit Hilfe eines erprobten Systems systematisiert und einheitlich angewandt. Dadurch sind auch Quervergleiche möglich. Fördermassnahmen führen zu</p> <p>Gefahren Das Instrument IQUES des Kantons wird in der Stadt Bern angewandt, es werden aber aus den Ergebnissen keine Fördermassnahmen abgeleitet. Die Werte erhoben und für Rankings verwendet.</p>	<p>Vorgaben für Qualitätssicherung und -entwicklung in Strategie verankern. Z.B. Vorgaben für einheitliches System (IQUES) . Die Strategie enthält auch Hinweise, dass aus den Ergebnissen Konsequenzen (Förderangebote) zur Qualitätssteigerung abgeleitet werden.</p>

> Anhang III / Umfeldanalyse und Trends

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>5 Neue Finanzierung der Volksschule (Filag)</p>	<p>Das 2003 eingeführte Filag muss revidiert werden. Im Volksschulbereich hat die angestrebte Umverteilung der Mittel zwischen den Gemeinden nur ungenügend stattgefunden. Es bestehen keine Anreize der Gemeinden, ihre Mittel kostenbewusst zu verwenden</p>	<p>Das Filag wird revidiert. Für den Volksschulbereich wird ein neues Finanzierungsmodell eingeführt. Das Kostenbewusstsein der Gemeinden soll damit gestärkt werden. Eine Klasse wird rund 85'000 Fr. kosten. Die Stadt Bern wird 50 % dieser Kosten selber zahlen, unter dem Strich aber von der neuen Finanzierung insgesamt profitieren.</p>	<p>Die Gemeinde übernimmt mehr finanzielle Verantwortung. Die Auswirkung auf die Bildungslandschaft im Kanton Bern ist ungewiss. Dies hängt voraussichtlich davon ab, inwieweit der finanzielle Druck auf die Organisation der Schule innerhalb der Gemeinden erhöht wird.</p>	<p>Chancen Das neue Finanzierungsmodell ist für die Stadt Bern finanziell attraktiv. Sie hat mehr Verantwortung und mehr Mitbestimmungsrecht. Gefahren Finanzielle Überlegungen werden vor die pädagogischen Argumente gestellt. Die Klassenorganisation untersteht mehr dem Primat der Finanzen als dem der pädagogischen Qualität.</p>	<p>Die Stadt Bern setzt sich ein für eine qualitativ hochstehende Volksschule. Sie ist bereit, dafür genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Die Volksschule in der Stadt Bern wird nicht nur nach ökonomischen Überlegungen geführt. Sie setzt sich ein für eine innovative Volksschule.</p>
<p>6 Integration in der Volksschule</p>	<p>Die Gemeinden erarbeiten eigene Integrationskonzepte für die Volksschulen Eine integrative Schule steht aber im Widerspruch zum selektiven Schulsystem im Kanton Bern.</p>	<p>Die integrative Schule wird in der Stadt Bern umgesetzt. Es ist ein Paradigmenwechsel, der hier stattfinden muss.</p>	<p>Der Umsetzungsprozess bindet viele Ressourcen. Er verändert die Volksschule stark. Die Integration bedingt ein Umdenken aller an der Schule Beteiligten (Lehrpersonen, andere Fachpersonen, Eltern, Politik).</p>	<p>Chancen Der Paradigmenwechsel hin zu einer integrative(n) Schule findet statt. Die Schülerinnen und Schüler werden individueller und ihren Fähigkeiten und Fertigkeiten entsprechend gefördert. Gefahren Die Rahmenbedingungen stimmen nicht überein mit der Strategie Die Schule schafft den Paradigmenwechsel nicht. Die Integration ist nicht zum Wohl aller an der Schule Beteiligten (es gibt Verlierende). Die Eltern werden nicht genügend in den Prozess einbezogen.</p>	<p>Der Grundsatz der integrativen Schule wird in der Stadt Bern konsequent umgesetzt. Parallel dazu muss auch die Selektion hinterfragt werden.</p>

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>7 Neue gesellschaftliche Herausforderungen</p> <p>7.1 Gesundheit, Medienkonsum</p>	<p>Bewegungsarmut, Zunahme der Fettleibigkeit, Umgang mit neuen Medien (Internet, Handy) IT-Technologie</p>	<p>Prognose, dass sich diese Entwicklungstendenzen noch weiter akzentuieren.</p>	<p>Gesellschaftliche Veränderungen müssen von Schule thematisiert werden. Erziehungsaufgabe der Schule, um Fehlentwicklungen frühzeitig zu stoppen. Bewegung in der Schule als wichtiger Faktor für mehr Leistungsfähigkeit. Bewegung als Bestandteil der Gesundheitsförderung.</p>	<p>Chancen Die Stadt setzt sich konstruktiv mit diesen gesellschaftlichen Herausforderungen auseinander und nutzt sie für die eigene Profilierung.</p> <p>Gefahren Diese zusätzlichen Aufgaben binden zusätzliche Ressourcen. Wenn diese nicht zur Verfügung gestellt werden, kann die Schule diesen Problemen nicht konstruktiv begegnen.</p>	<p>Gesundheitsförderung, Bewegung in der Schule, ICT-Technologie als Medium der Schule, Medienpädagogik als wichtige Bildungs- und Erziehungsinhalte in Strategie verankern. Infrastrukturen für Bewegung müssen sicher gestellt werden. Mitverantwortung der Eltern</p>
<p>7.2 Gleichstellungsbewusstsein von Frauen und Männern</p>	<p>Das Bewusstsein und die Massnahmen für genderspezifische Aspekte sind in der Volksschule der Stadt Bern nicht systematisch entwickelt</p>	<p>Die Auseinandersetzung mit gleichstellungspolitischen Anliegen ist ein ernst zu nehmendes Anliegen und gesellschaftliche Herausforderung. Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist weiterhin anzustreben. Die Schule leistet dazu einen wichtigen Beitrag in der Erziehung und in Ganztagesbetreuung.</p>	<p>Sämtliche Massnahmen und Unterrichtsinhalte werden hinsichtlich geschlechterspezifischer Faktoren beurteilt. Genderspezifische Aspekte fliessen in die Qualitätsstandards ein.</p>	<p>Chancen Die Volksschule der Stadt Bern leistet einen aktiven Beitrag zur Umsetzung des Aktionsplans Gleichstellung der Stadt Bern. Schülerinnen und Schüler wählen Berufe ohne das tradierte Rollenken Gefahren Lehrpersonen und Schulbehörden sind nicht bereit, die gleichstellungspolitischen Anliegen in der Schule aufzunehmen und die Schülerinnen und Schüler entsprechend zu bilden und zu erziehen.</p>	<p>Konsequenter Einbezug des Geschlechteraspekts in Strategie verankern (Prävention sexualisierter Gewalt, Mentoring, Förderung von geschlechtsunabhängiger Berufswahl. usw.)</p>
<p>7.3 Heterogenität</p>	<p>Schülerinnen und Schüler sind zunehmend heterogener.</p>	<p>Erwartungen an die Schule bezüglich Inhalten und Normen klaffen immer weiter auseinander. Die Schule ist ein Schmelztiegel unterschiedlichster Kulturen und sozialer Durchmischung. Heterogenität ist eine grosse Herausforderung für die Schule. Vor allem der Anteil an Kindern und Jugendlichen aus sozio-ökonomisch benachteiligten Familien nimmt zu,</p>	<p>Die Schule muss konstruktiv mit Heterogenität umgehen können.</p>	<p>Chancen Der Schule gelingt es, mit Heterogenität in der Schule konstruktiv umzugehen, d. h. sie kann auf die unterschiedlichen Bedürfnisse und die vielseitigen Erwartungen eingehen. Gefahren Das System Schule ist überfordert, weil die Rahmenbedingungen nicht entsprechend ausgestaltet sind. Lehrpersonen können diesen Ansprüchen nicht gerecht werden.</p>	<p>Konstruktiver Umgang mit Heterogenität als Herausforderung der Schule. Dafür müssen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden.</p>

> Anhang III / Umfeldanalyse und Trends

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>8 Lehrpersonen und Schulleitungen</p>	<p>Lehrpersonen und Schulleitungen sind die Schlüsselpersonen für eine qualitativ gute Schule. Ihre Anstellungsbedingungen und ihre Ausbildung sind kantonal vorgegeben. Reformen müssen von ihnen umgesetzt werden.</p>	<p>Diese Rolle werden sie auch in Zukunft beibehalten. Die Anstellungsbedingungen müssen darauf abgestimmt werden.</p>	<p>Reformen und Veränderungsprozesse müssen mit den Lehrpersonen und den Schulleitungen zusammen umgesetzt werden. Sie müssen eine aktive Rolle in den Umsetzungen haben. Die Ressourcen müssen dafür zur Verfügung gestellt werden.</p>	<p>Chancen Die Schulleitungen sind sich ihrer Rolle für Schulentwicklungsprozesse bewusst und übernehmen eine aktive Rolle bei der Umsetzung. Die Lehrpersonen sind motiviert und verfügen über die notwendigen Ressourcen zur Umsetzung.</p> <p>Gefahren Das Verständnis und die Einsicht für die geplanten Reformen sind nicht vorhanden. Veränderungen werden von Lehrpersonen und Schulleitungen nicht akzeptiert und damit auch nicht mitgetragen. Die Ressourcen stimmen nicht mit den Veränderungserwartungen überein.</p>	<p>Personalpolitische Aussagen zu den Lehrpersonen und Schulleitungen. Ressourcenorientierte Umsetzung von Reformprozessen.</p>
<p>9 Weiterbildung der Lehrpersonen</p>	<p>Die Lehrpersonen haben gemäss kantonalen Vorgaben das Recht und die Pflicht, 3 % ihrer Arbeitszeit für die Weiterbildung einzusetzen. Der Kanton finanziert die Weiterbildungangebote. Dabei unterscheidet er, welche Angebote in seinem dienstlichen Interesse sind und welche nicht. Er subventioniert nur solche im dienstlichen Interesse zu 100%. Das heisst, dass die Lehrpersonen bestimmte Weiterbildungen selber finanzieren.</p> <p>Die Gemeinden erstellen zunehmend eigene Weiterbildungsbudgets für ihre Lehrpersonen. Dieser Prozess wird nicht gesteuert.</p>	<p>Ungewiss. Es hängt davon ab, ob politisch akzeptiert wird, dass der Kanton hier eine Steuerungsaufgabe übernehmen müsste.</p> <p><i>Szenario 1 keine kantonale Steuerung</i></p> <p>Finanzielles und pädagogisches Engagement der Gemeinden führt zu unterschiedlicher Qualität der Schule, Abkehr von Chancengleichheit für SchülerInnen, Abkehr von gleichen Anstellungsbedingungen bei Lehrpersonen.</p> <p><i>Szenario 2: kantonale Steuerung</i></p> <p>Weiterbildung ist Bestandteil der Anstellungsbedingungen, die für den ganzen Kanton gleich sein sollen. Weiterbildung dient der Qualitätssicherung der Schule, aber auch der Profilbildung der Schulen einer Gemeinde.</p>	<p>Die Stadt Bern muss sich auf kantonaler Ebene dafür einsetzen, dass diese Koordination vom Kanton übernommen wird. Sie muss –falls keine kantonale Steuerung kommt – eine eigene Strategie mit Standards und Kriterien für die Weiterbildung der Lehrpersonen definieren. Sie sorgt für Weiterbildungsangebote zur Sensibilisierung für ge- schlechterensiblen Unterricht.</p>	<p>Chancen Ohne kantonale Steuerung kann die Stadt Bern die Weiterbildung für sich zur Stärkung ihres eigenen Profils nutzen.</p> <p>Gefahren Die Politik ist nicht bereit, die dafür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, damit sie dieses Profil entwickeln kann. Es entsteht eine Konkurrenzsituation unter den verschiedenen Gemeinden.</p>	<p>Hängt von der kantonalen Politik ab: Wenn der Kanton die Steuerung übernimmt, dann sind die Rahmenbedingungen klar.</p> <p>Ohne kantonale Steuerung wird die Weiterbildung für die Stadt Bern ein Standortfaktor im Rahmen der Anstellungsbedingungen der Lehrpersonen. Die Weiterbildung kann für die Profilbildung der Volksschule der Stadt Bern genutzt werden.</p>

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>10 Weiterbildung der Schulleitungen</p>	<p>Es gilt das Prinzip der Geleiteten Schule. Dies ist ein Paradigawechsel, der noch nicht überall gleichermassen umgesetzt ist.</p>	<p>Die Geleiteten Schulen sind fest verankert. Der Führungsanspruch der Schulleitungen ist selbstverständlich. Eine neue Führungskultur hat sich etabliert.</p>	<p>Die Stadt geht ihren Kurs konsequent weiter. Die Weiterbildung der Schulleitungen und die Überprüfung der Führungsstrukturen sind selbstverständlich</p>	<p>Chancen Die geleiteten Schulen tragen zur Qualitätssicherung der öffentlichen Schule bei. Die Schulleitungen werden als Führungspersonen akzeptiert, die Führungsstrukturen in der Stadt Bern sind darauf abgestimmt.</p> <p>Gefahren Die Schulleitungen identifizieren sich nur mit ihrer Einzelschule und nicht mit der Volksschule der Stadt Bern. Die Schulstandorte entwickeln sich auseinander.</p>	<p>Die Stadt Bern entwickelt eine einheitliche Bildungsstrategie als Grundlage für die operative Umsetzung in den einzelnen Schulstandorten. Im Rahmen dieser Arbeiten ist zu definieren, wo Unterschiede sinnvoll sind, und wo eine Vereinheitlichung anzustreben ist.</p>
<p>11 Neue Schulaufsicht: Kanton steuert nur noch über die Gemeinden, nicht mehr über die einzelnen Schulen</p>	<p>Das Volksschulgesetz regelt die Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden neu. Der Kanton verhandelt mit der Gemeinde, nicht mehr mit einzelnen Schulkommissionen oder mit Schulen.</p>	<p>Die neue Form der Zusammenarbeit wird sich erst entwickeln und konsolidieren.</p>	<p>Die gemeindeeigenen Strukturen müssen überprüft und angepasst werden. Die Stadt muss sich der Frage stellen, ob es noch alle Schulkommissionen braucht.</p>	<p>Chancen Die Stadt Bern verfügt über eine klare Führungsstruktur und tritt gegenüber dem Kanton einheitlich auf.</p> <p>Gefahren Mangelnde Identifikation der Schulen in der Stadt Bern mit den neuen Führungsstrukturen.</p>	<p>Die Führungsstrukturen sind den neuen gesetzlichen Bestimmungen des Kantons anzupassen.</p>
<p>12 Wirtschaftliche Entwicklung</p>	<p>Die Wirtschaftskrise wird sich auf den Arbeitsmarkt auswirken. Die Arbeitslosigkeit wird steigen. Relevant ist dabei für die Volksschule die Jugendarbeitslosigkeit. Jugendliche sind ausserdem überproportional von der Sozialhilfe betroffen. Verstärkt ist wiederum mit Chancengleichheit der Geschlechter zu rechnen.</p>	<p>Hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Eventuell Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit und Anstieg der Sozialhilfebeziehenden. Das Case Management des Kantons wirkt unterstützend für die Schülerinnen und Schüler und entlastet die Lehrpersonen.</p>	<p>Bei steigender Jugendarbeitslosigkeit wird die Volksschule der Stadt Bern noch stärker gefordert sein, ihren Beitrag zu deren Verhinderung beizutragen. Sie muss eine optimale Berufswahlvorbereitung anbieten und unterstützend wirken, damit alle Jugendlichen am Ende der Volksschule eine Anschlusslösung haben. Schülerinnen und Schüler müssen auf die Anforderungen der Wirtschaft vorbereitet werden und deren Schlüsselqualifikationen beherrschen. Das vorhandene Potential, insbesondere der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund und der Schülerinnen generell muss genutzt werden.</p>	<p>Chancen Die Berufswahlkonzepte der Schulen sowie die Begleit- und Unterstützungsangebote sind wirksam genug um allen Jugendlichen eine Anschlusslösung zu bieten.</p> <p>Gefahren Die Jugendarbeitslosigkeit und die Ausbildungslosigkeit steigen wieder an. Die Schnittstellen werden für gefährdete Jugendliche zu unüberbrückbaren Hindernissen. Case Management des Kantons birgt die Gefahr, dass die Schülerinnen überbetret und dadurch überfordert werden.</p>	<p>Die Volksschule muss gewährleisten, dass die Volksschule und die Sekundarstufe II eine Nahtstelle bilden. Die Volksschule muss die Schülerinnen und Schüler optimal auf die weiterführenden Schulen oder die Berufsbildung vorbereiten (Schlüsselqualifikationen). Dazu ist auch die Genderperspektive zu berücksichtigen. Das Case Management ist ins System einzubauen, so dass die Schnittstellen klar sind.</p>

> Anhang III / Umfeldanalyse und Trends

Einflussfaktor	Ist-Zustand	Entwicklungen in den kommenden Jahren	Konsequenzen	Chancen/Gefahren	Hinweis für die Strategie
<p>13 Vereinbarkeit von Familie und Beruf</p>	<p>Die Stadt Bern verfügt über ein breites und bedarfsgerechtes Angebot an familienergänzender Betreuung. Sie hat in den vergangenen Jahren schweizweit Pionierarbeit geleistet.</p>	<p>Die Wirtschaftskrise kann dazu führen, dass noch mehr beide Elternteile arbeiten müssen und deshalb auf familienergänzende Angebote angewiesen sind. Die Nachfrage danach wird weiter ansteigen und an Bedeutung gewinnen.</p>	<p>Das Angebot wird bedarfsgerecht ausgebaut werden müssen. Elternkompetenzen müssen gestärkt werden (Coaching)</p>	<p>Chancen Das gute Angebot an familienergänzenden Angeboten fördert das Image der Stadt Bern als familienfreundliche Stadt. Die familienergänzenden Betreuungsangebote tragen wesentlich zur besseren Integration bei. Eltern werden in die Schule einbezogen und zur Mitwirkung aufgefordert. Gefahren Es gelingt der Stadt nicht, der steigenden Nachfrage entsprechend genügend räumliche und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen.</p>	<p>Die Stadt Bern nutzt das familienergänzende Angebot mit Tagesschulen und Ferieninseln als Standortvorteil und als Wohnstadt. Sie startet eine Ausbildungs-offensive für genügend Betreuungspersonal. Sie erstellt ein Raumkonzept für das Tagesschulangebot. Sie stellt die Qualität der Angebote sicher.</p>
<p>14 Migrationsanteil der städtischen Bevölkerung</p>	<p>Der Anteil der Migrationsfamilien ist in den verschiedenen Schulkreisen unterschiedlich gross. Die Stadt Bern hat verschiedene Massnahmen ergriffen, die Schülerinnen und Schüler zu integrieren und die Eltern zu über unser Schulsystem zu informieren.</p>	<p>Die Heterogenität wird weiterhin gleichbleibend zunehmen.</p>	<p>Die Schule wird einen wichtigen Beitrag zur Integration der Migrationsbevölkerung leisten. Massnahmen zur Integration werden weiterhin sehr wichtig sein. Dafür sind Ressourcen notwendig.</p>	<p>Chancen Die Schule trägt zur besseren Integration der Migrationsfamilien bei. Gefahren Die Schulen werden überfordert, den Bildungsauftrag und den Integrationsauftrag gleichzeitig zu erfüllen.</p>	<p>Die Stadt Bern strebt das Ziel der Chancengleichheit für alle an. Es muss ihr gelingen, integrativ zu wirken ohne den Bildungsauftrag zu vernachlässigen Engagement für eine integrative Schule</p>
<p>15 Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Bern</p>	<p>Die Quartiere in der Stadt Bern entwickeln sich auf Grund der baulichen Tätigkeiten sowie der demografischen Entwicklung unterschiedlich.</p>	<p>Die unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen Quartieren wirken sich unterschiedlich auf die Schülerinnen- und Schülerzahlen aus.</p>	<p>Die Infrastrukturen (Schulgebäude) müssen dieser Entwicklung Rechnung tragen. Es muss sichergestellt werden, dass genügend Schulraum vorhanden ist.</p>	<p>Chancen Schulraum für andere Verwendungen / Verkauf / Vermietung Gefahren Schulraum fehlt oder ist am falschen Ort. Schulorganisation wird nach dem bestehenden Schulraum ausgerichtet und weniger nach pädagogischen Kriterien</p>	<p>Die Schulraumplanung muss vorausschauend den zukünftigen Schulraumbedarf berücksichtigen</p>

Impressum

Bern, Oktober 2009

Kontakt

Direktion für Bildung, Soziales und Sport
Schulamt
Effingerstrasse 21
3001 Bern
Tel. 031 321 75 76
schulamt@bern.ch
www.bern.ch

Fotos

Pia Bovis-Hostettler

Layout

Wermuth infopub
Zinggstrasse 16
3007 Bern
infopub@bluewin.ch

Auflage 500 Ex.

Die Bildungsstrategie 2009 ist auch als Download
zu finden unter:

www.bern.ch/stadtverwaltung/bss/schule

©2009 Direktion für Bildung, Soziales und Sport
der Stadt Bern

